

CDU-Kreisparteitag
11. Mai 2015



Dokumentation politische Arbeit / Öffentlichkeitsarbeit

Liebe Parteifreunde,

nachfolgend ein Auszug über die politische Arbeit in den vergangenen 12 Monaten.

Neben den klassischen Verbreitungswegen über die Presse werden Berichte, Meldungen und Terminankündigungen auch auf unserer Homepage www.cdu-kreis-ploen.de, auf unserer Facebook-Seite facebook.com/cdukreisploen und über unseren Mailverteiler veröffentlicht.

Wenn Sie Interesse haben, regelmäßig per E-Mail von uns informiert zu werden, melden Sie sich gerne mit Ihrer E-Mail-Adresse an info@cdu-kreis-ploen.de, damit wir Sie in unseren Verteiler aufnehmen können.

Mit freundlichen Grüßen


Tade Peetz
Pressesprecher


André Jagusch
Kreisgeschäftsführer

Auszug aus unserer Öffentlichkeitsarbeit

Chronologische Reihenfolge

- 9. Mai 2015 Ostholsteiner Anzeiger: Bewährtes erhalten und Neues gestalten
- 8. Mai 2015: CDU erfreut, dass „Kalte Progression“ abgebaut wird
- 7. Mai 2015: „Neue“ Stadtbahnpläne: Alter Wein in neuen Schläuchen!
- 7. Mai 2015: CDU Stolpe spendet für Flüchtlinge
- 4. Mai 2015: Rund 200 Gäste beim CDU-Jazzfrühschoppen im „Rosenheim“
- 29. April 2015: Stellungnahme zum Blumenburg-Urteil
- 29. April 2015: Ergebnisse Kreistag 23. April 2015
- 27. April 2015: Bürgernah, informativ, gesund – der politische Spaziergang
- 27. April 2015: Boßel-Turnier der CDU Kalübbe wieder ein grosser Erfolg
- 24. April 2015: Sicherheit: Für Zufriedenheit gibt es keinen Anlass
- 23. April 2015: Tolle Stimmung beim CDU Osterfeuer in Stolpe
- 20. April 2015: Eindrucksvoller Vertrauensbeweis:
Malte Schildknecht bleibt JU-Vorsitzender
- 16. April 2015: Förderung von „Wasser Otter Mensch“: Eine CDU-Initiative
- 16. April 2015: Polizei-„Reform“: Zu Lob besteht aus Plöner Sicht nun wirklich kein Anlass
- 8. April 2015: Immobilienpreise zeigen: Kreis Plön ist ein attraktiver Kreis
- 31. März 2015: „Unbedenklichkeits“-Testat bringt „Sozialen Tag“ in Gefahr
- 30. März 2015: CDU: Schließung von Polizeistationen und Abstufungen ein bitterer Tag
- 25. März 2015: Wie kann die Attraktivität der CDU als Volkspartei gesteigert werden?
- 22. März 2015: CDU Heikendorf: Gerald Baden ist neuer Vorsitzender
- 21. März 2015: Petra Pluhar zur Vorsitzenden der CDU Probsteierhagen gewählt /
Jörg Fister und Horst Perry für 40-jährige Mitgliedschaft geehrt
- 18. März 2015: Auszeichnungen für langjährige Mitgliedschaften bei der CDU Lehmkuhlen
- 17. März 2015: CDU-Frühlingsball in Giekau wieder ein Highlight
- 13. März 2015: SPD-MdB: „Hein Schönberg“ liegt auf Eis / CDU: Mehr Busverbindungen
und Ruf-Bus-Systeme würden den ÖPNV attraktiver machen
- 11. März 2015: Polizeiliche Kriminalstatistik gibt keinen Anlass zur Sorglosigkeit

5. März 2015: Uns geht es darum, den Sportvereinen zu helfen
4. März 2015: Walter Lamp - große Verdienste um die CDU Blekendorf
25. Februar 2015: Karin Jensen für 40 Jahre Treue und Verbundenheit mit der CDU- Ehrennadel ausgezeichnet
20. Februar 2015: CDU: Dokumentationspflichten beim Mindestlohn reduzieren!
13. Februar 2015: Super-Resonanz auf Rufbus-Modell
10. Februar 2015: Schlachtfest und Damwildessen in der Probstei
9. Februar 2015: CDU Ascheberg: Vorstand einstimmig bestätigt Kalinka: Es geht wieder um Frieden und Freiheit
6. Februar 2015: CDU sammelt Kuscheltiere für Flüchtlingskinder
21. Januar 2015: Der Bund muss zahlen, wenn Asylverfahren zu lange dauern
20. Januar 2015: Unternehmensverband und CDU: Viel Übereinstimmung
20. Januar 2015: Das Ostufer – eine starke Region!
13. Januar 2015: CDU: U-3-Fördermittel-Verteilung von uns nicht beschlossen
6. Januar 2015: Kämpfer auf SPD-Werbetour für eine Gebietsreform
20. Dezember 2014: Grundschulen im Kreis Plön lehnen Bildungsexperimente ab
13. Dezember 2014: NEIN zu 380 Millionen € für die SRB
9. Dezember 2014: „Kalte Progression“ - Erfolgreiche Initiative des CDU-Kreisvorstandes
4. Dezember 2014: CDU im Kreis Plön: Wir brauchen ein Totalverbot von Fracking
17. November 2014: Erfolge für CDU-Kreisverband auf Landesebene
13. November 2014: CDU-Initiativen im Kulturausschuss erfolgreich
10. November 2014: Eine Stadtregionalbahn ist weder notwendig noch finanzierbar / Geheimverhandlungen hinter dem Rücken des Kreistages untragbar
26. Oktober 2014: Breitbandausbau: Finanzmittel des Bundes würden helfen
23. Oktober 2014: Längere Verweildauer von Asylsuchenden in Neumünster vernünftig
29. September 2014: CDU: Zum Thema Schwimmhalle Laboe ins Gespräch kommen
19. September 2014: Hansen: Grüne sollen Dauer-Genörgele zur Erntekrone einstellen
17. September 2014: Wende-Rücktritt hinterlässt einige Baustellen in Kreisen und Kommunen
8. September 2014: Förderverträge mit der Kreisvolkshochschule und dem Kreisjugendring werden verlängert / Erster Vertrag 2004 mit dem Kreissportverband geschlossen / CDU-Initiative

28. August 2014: Wendes Inklusionskonzept: Eine wohlklingende Stichwortsammlung
22. August 2014: Beschluss des CDU-Kreisvorstandes: „Kalte Progression“ abbauen
16. August 2014: Fracking: SPD und Habeck nicht konsequent
31. Juli 2014: Stabiler Arbeitsmarkt im Kreis Plön
30. Juli 2014: Salzau ist eine Bühne der Musik und Kultur
24. Juli 2014: Polizeiliche Ermittlungen: Die Diagnose am Schreibtisch reicht nicht
26. Juni 2014: CDU gegen Streichung der Sportfördermittel
18. Juni 2014: Bahnstrecke Kiel-Lübeck: 45 Millionen Euro Investitionskosten.
Die Bahn kommt und fährt im Kreis Plön vorbei.
2. Juni 2014: CDU: Gewerbegebiet in Preetz-Wakendorf fördern
30. Mai 2014: Pflege: Ein guter Schritt
20. Mai 2014: CDU fordert mehr Transparenz bei Radwege-Entwidmung
15. Mai 2014: SPD, Grüne und FWG verhindern Breitbandinitiative der CDU-Fraktion
14. Mai 2014: Finanzierung der Bahn Kiel-Schönberg: Minister Meyer tritt auf die Bremse
13. Mai 2014: CDU fordert Planfeststellungsverfahren für Bahn Kiel-Schönberg
9. Mai 2014: CDU: Nein zu Fracking!
28. April 2014: Schildknecht: Wer die Musik bestellt, sollte auch zahlen
23. April 2014: Albig sollte über eigene Verkehrspolitik nachdenken

Bewährtes erhalten und Neues gestalten

CDU-Kreisparteitag beschäftigt sich am Montag mit der Schulpolitik

RAISDORF Gute Bildung legt das Fundament für die Zukunft. „Es ist unser Ziel, beruflichen wie persönlichen Erfolg und Aufstieg durch qualifizierte Bildung zu ermöglichen. Neben einer breiten Allgemeinbildung soll Schule auch Werte und Alltagskompetenzen vermitteln, zur Persönlichkeitsentwicklung der Schüler beitragen“, heißt es in einem Leitanspruch, den die CDU-Mitglieder am Montag auf einem Kreisparteitag im Hotel „Rosenheim“ in Raisdorf diskutieren und verabschieden wollen.

Die Zahl der Schüler im Kreis wird aus Sicht der CDU in den nächsten zehn Jahren

prognostiziert um bis zu 25 Prozent zurückgehen. Die Zukunftsfähigkeit der Grundschulen im ländlichen Raum ist dabei besonders gefragt. Dabei ist der Erhalt zweiklassiger Grundschulen durchaus möglich, heißt es in dem CDU-Papier.

Vor diesem Hintergrund müsse Schule immer wieder neu gedacht werden, ohne dabei Bewährtes infrage zu stellen. Die Schulpolitik sei in den vergangenen Jahrzehnten in Schleswig-Holstein geprägt worden von einem stetigen Wechsel, der zum Teil erhebliche Unruhe in die Schulen brachte, so die CDU weiter. Deshalb fordert die Kreis-CDU: die Qualität

der Erzieher in Kindertagesstätten zu fördern, die Eigenverantwortung der Schulen zu stärken und die Arbeit der Eltern- und Schülerversammlungen zu unterstützen.

Allerdings lehnt die CDU auch die Einrichtung weiterer Oberstufen an den Gemeinschaftsschulen außer an der Gemeinschaftsschule Probstei in Schönberg ab. Aus ihrer Sicht sollten die vier bestehenden Gymnasien als auch das Berufliche Gymnasium in Preetz konstruktiv gefördert werden. Insbesondere müsse darauf geachtet werden, dass durch eine freie Schulwahl den kommunalen Trägern keinen zusätzlichen Kosten entstehen. *wyj*

Ostholsteiner Anzeiger, 9. Mai 2015

CDU erfreut, dass „Kalte Progression“ abgebaut wird

(08.05.2015) "Die Minderung der Kalten Progression ab 2016 wird zu mehr Steuergerechtigkeit führen", so der stellvertretende CDU-Kreisvorsitzende Thomas Hansen. Der Abbau der "Kalten Progression", wie von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble angekündigt, sei genau der richtige Weg. Dadurch solle erreicht werden, dass Lohnerhöhungen auch tatsächlich zu einer spürbaren Verbesserung der Nettoeinkommen führten. Dies sei derzeit nicht immer der Fall.

Der CDU-Kreisvorsitzende Werner Kalinka zeigte sich erfreut, dass die Debatte in der CDU zu diesem Schritt geführt habe. Er erinnert daran, dass der Plöner CDU-Kreisvorstand im August 2014 zu den Unterstützern eines entsprechenden Antrages in der Landes-CDU gehört habe. Im CDU-Landesausschuss habe es dann eine Mehrheit für den Abbau der "Kalten Progression" gegeben. Und dann sei dieser Beschluss auf dem CDU-Bundesparteitag eingebracht worden. Kalinka: "Unser Engagement beim Thema hat dazu beigetragen, zu einer Richtungsänderung zu kommen."

„Neue“ Stadtbahnpläne: Alter Wein in neuen Schläuchen!

(07.05.2015) Als "ein Programmtrümmer" kommentierte die ehemalige Kieler Oberbürgermeisterin Susanne Gaschke die Stadtregionalbahn. Die Junge Union im Kreis Plön empfindet die neuen Überlegungen der Grünen im Kreis zusätzlich als realitätsfern.

"Die "neue" Stadt(regional)bahn ist anscheinend der letzte programmatische Strohalm, an den sich die Grünen klammern um ihre eigenen Reihen zusammenzuhalten", so JU-Pressesprecher Jan-Philipp Pohst. "Eine andere Meinung könne man nicht gewinnen, wenn nach wie vor auf dieses gescheiterte Projekt gesetzt wird. Die nun veranschlagten Kosten sind immer noch nicht ansatzweise durch den Kreis Plön zu stemmen. Außerdem sei es realitätsfern, die Hälfte der veranschlagten 380 Millionen Euro anzusetzen".

Nach den Vorstellungen der Grünen soll die Bahn nach Plön erweitert werden, die zusätzlichen Kosten hierfür sind noch zu berechnen. Weiterhin entstehen die meisten bisher kalkulierten Kosten in der Stadt Kiel und nicht in den Flächenkreisen. "Allein die Logik verbietet es daher anzunehmen, dass nun die nur noch die Hälfte der Kosten entstehen würden", so Pohst. Die jungen Christdemokraten sehen es als Farce an, dass der "neue" abgesteckte Plan, ohnehin "besser" und die bisherige Planung ein Fehler gewesen sei.

"Eine Stadt(regional)bahn im Raum Kiel ist gescheitert. Weitere Planungen dazu sind schlichtweg unreal. Weiterhin unterschätzen die Grünen die Tragweite einer Stadt(regional)bahn. Der neue Name ändert nichts an den Tatsachen; eine solche Bahn wird in weiten Teilen des Kreises abgelehnt. Jeder Cent, der in Planungen für diesen "Programmtrümmer" fließt, ist Steuergeldverschwendung. Wir rufen die Grünen und die SPD dazu auf, sich realitätsbezogenen Themen des Kreises zu widmen. Der Traum darf weiter bestehen, aber das Bett dafür darf nicht auf Kosten der Steuerzahler immer wieder frisch gemacht werden", so Pohst abschließend. Die JU sieht die Chancen eines guten ÖPNVs in der Mindest-Beibehaltung der aktuellen Bahnverbindungen in Kombination mit einem gut getakteten Linienbusverkehr, der zukünftig durch individuelle und flexible Rufbusse ergänzt wird. Auf dem letzten Kreisverbandstag verabschiedete die Junge Union im Kreis Plön einen entsprechenden Antrag mit Bezug auf Rufbusse einstimmig.

CDU Stolpe spendet für Flüchtlinge

(07.05.2015) Die Flüchtlingswelle nach Europa reißt nicht ab. Über 1 Million Menschen werden nach Schätzungen der EU weiter den Weg in das sichere Europa suchen. Sie kommen auch zu uns oder sind schon da. Die CDU Stolpe hat entschieden, einen Teil des Überschusses aus dem Osterfeuer der Flüchtlingshilfe zu spenden und so konnte der Vorsitzende Christian Wegner 500 € übergeben. Die Sprache ist wesentlicher Bestandteil der Integration. Flüchtlinge und Einheimische werden zusammen finden müssen. Ein Wollen auf beiden Seiten ist daher wichtig. Das Thema ist für die Bürger greifbar und eine große Herausforderung in Gesellschaft und Gemeinden. Die CDU Stolpe hat daher das Thema auch für die nächste Gemeindevertretung als Anfrage eingereicht.

Rund 200 Gäste beim CDU-Jazzfrühschoppen im „Rosenheim“

(04.05.2015) Auch diesmal wieder war der traditionelle Jazz-Frühschoppen der CDU Schwentinental gemeinsam mit dem Hotel "Rosenheim" ein voller Erfolg. Rund 200 Gäste waren gekommen, um bei Brezeln, Weißwurst, Weißbier und Gegrilltem im Biergarten den 1. Mai zu begehen und den "Happy Fireworks" zu lauschen. Trotz zuweilen wenig wärmenden Temperaturen.

CDU-Ortsvorsitzender Yavuz Yilmaz, Bürgermeister Michael Stremlau und CDU-Kreisvorsitzender Werner Kalinka, die die Gäste begrüßten, freuten sich über die sehr gute Resonanz. Stunden, die auch eine gute Gelegenheit zum persönlichen und politischen Gespräch waren.



links: Yavuz Yilmaz bei der Begrüßung; rechts: Werner Kalinka und Michael Stremlau; Fotos: Steinar Pettersen

Stellungnahme zum Blumenburg-Urteil

(29.04.2015) Der stellv. CDU-Kreisvorsitzende und Kreistagsabgeordnete Thomas Hansen zum Blumenburg-Urteil:

"Dies ist eine für den Kreis Plön und die Gemeinde Selent gute Entscheidung. Sie bestätigt, dass beide so handeln durften und mussten. Es wäre nicht zu vertreten gewesen, weitere Risiken für den Kreis und die Gemeinde entstehen zu lassen. Die Entscheidung Anfang 2011, keine weiteren Steuergelder für das Projekt zur Verfügung zu stellen, war der zwingend notwendige Schritt zum unausweichlichen Zeitpunkt. Die CDU hat sich seinerzeit auch so in die Beratungen und Entscheidungen eingebracht und sieht sich entsprechend bestätigt."

Ergebnisse Kreistag 23. April 2015



(29.04.2015) Eine gute Beteiligung und eine rund zweistündige engagierte Diskussion - auch das "Gespräch nach dem Kreistag" in der Plöner Tourist-Info war erfolgreich. *Foto: André Stümer*

Förderung von Sportstätten: Zuwendungen des Kreises sind künftig nicht mehr von der Höhe der Hebesätze der Gemeinden abhängig. Eine CDU-Initiative. Die Zuschüsse der Gemeinden für eine Maßnahme ihres Vereins müssen mindestens in der Höhe der Kreisförderung sein.

Breitband: Der Kreis unterstützt beratend den „Breitbandzweckverband im Kreis Plön“ wie alle Gemeinden und Städte, sofern gewünscht. Der einstimmige Kreistagsbeschluss, dass alle Gemeinden und Städte positiv begleitet werden, kam auf Initiative der CDU zustande. Finanzmittel stellt der Kreis - wie bekannt - nicht zur Verfügung.

Jahresabschluss 2011 des Kreises: Der Fehlbedarf liegt bei rd. 5,7 Mio. Euro. Zum Jahresabschluss der Kreisverwaltung hat es seitens des Rechnungsprüfungsamtes (RPA) nicht unerhebliche Bemerkungen gegeben. Die CDU hat diese in einem eigenen Antrag aufgenommen. Die Landrätin wird dazu spätestens in der September 2015-Sitzung des Finanzausschusses berichten.

Schulleiterwahlausschuss zur Besetzung der Stelle der Schulleiterin / des Schulleiters der Gemeinschaftsschule im Hoffmann-von-Fallersleben-Schulzentrum Lütjenburg: Für die CDU-Fraktion wurden Thomas Hansen, Stefan Leyk, Dr. Regine Niedermeier-Lange und Tade Peetz entsandt. Vertreter sind: Thure Koll, Hildegard Mersmann, Hans-Jürgen Gärtner, André Jagusch.

Abbau der Dokumentationspflichten beim Mindestlohn: Der CDU-Antrag „Die mit der Einführung des Mindestlohnes verbundenen Dokumentationspflichten haben ein unververtretbares Ausmaß. Der Plöner Kreistag fordert Bundesregierung und Bundestag auf, diese unverzüglich zu reduzieren. Die Dokumentationspflichten sind für die Betriebe deutlich zu belastend“ wurde von der SPD/Grünen/FWG-Koalition abgelehnt. Obwohl der CDU-Antrag bereits am 12. Februar 2015

gestellt wurde, brachte die Koalition ihren Antrag erst einen Tag vor der Kreistagssitzung vom 23. April ein, in dem es heißt: „Aufzeichnungen von Arbeits- und Pausenzeiten sind sinnvoll und zwingend notwendig, um sicher zu stellen, dass eine Umgehung des Mindestlohnes ausgeschlossen ist. Der technische und bürokratische Aufwand soll sich dabei auf das notwendige Maß beschränken.“

Peinlich SPD-Fraktionsvorsitzender Schlüsen. Er bekundete in der Debatte Unkenntnis zum Thema Dokumentationspflichten zum Mindestlohn: „Es ist nicht meine Aufgabe als Kreistagsabgeordneter, mir das anzusehen.“ Sein Grünen-Kollege Hilker ähnlich: „Ich habe mich nicht näher mit diesem Thema beschäftigt, gehört nicht zu den Aufgaben als Kreistagsabgeordneter.“

Einvernehmlich begrüßte der Kreistag die Einführung des Mindestlohngesetzes mit einem Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde. Der Versuch der Fraktionsvorsitzenden von SPD und Grünen, die CDU als Anti-Mindestlohn-Partei darzustellen, scheiterte.

Kostenverteilung im Zusammenhang mit dem Bau einer neuen **Integrierten Regionalleitstelle (IRLS)** durch die Landeshauptstadt Kiel. Einstimmig. Anregungen der CDU wurden aufgenommen.

Resolution zur Aufrechterhaltung dualer Berufsausbildungsgänge im ländlichen Raum als Wirtschaftsfaktor: Einstimmig.

Sachdienliche Tierseuchenbekämpfung: Eine Resolution mit Kritik am Land wurde einstimmig beschlossen.

Resolution zur Ausweisung eines Teilbereiches der Ostsee als „Binnenschiffzone 2“: Einstimmig

Die Tagesordnungspunkte Weiterführung des Geschäftsmodells GTZ/WFA, die beabsichtige Direktvergabe der Leistungen des ÖPNV im Kreis sowie die Besetzung der Fachbereichsleiterstelle 1 und der Leitung des Rechnungsprüfungsamtes wurden nicht-öffentlich behandelt.

Bürgernah, informativ, gesund – der politische Spaziergang

(27.04.2015) Man erhält fachkundige Informationen, ist viel an der frischen Luft und hat gute Gelegenheiten zum persönlichen wie politischen Gespräch. Auch diesmal erfüllte der politische Spaziergang der CDU Laboe-Brodersdorf, zu dem Helmut Lucht und Horst Etmanski eingeladen hatten, alle Erwartungen.

Sehr interessant die Ausführungen von Seniorchef Uwe Sindt beim Besuch der Tischlerei Sindt zur handwerklichen Arbeit und zum Einbruchsschutz. Ein weiteres Standbein des Familienbetriebes sind Bestattungen. Sehr beeindruckend auch der Besuch des neuen Informationszentrums der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) direkt am Hafen, wo Landesgeschäftsführer Jörg Ahrend u.a. den Schiffsimulator präsentierte. Übrigens: Die DGzRS finanziert sich ausschließlich durch Spenden. Sehr gelungen ist auch das neue Hafenumfeld in Laboe, das am 2. Mai offiziell eingeweiht wird. Werner Kalinka hatte die Gemeinde beim Land

hinsichtlich der Finanzierung unterstützt. Ein Schmuckstück von Laboe: Der Kurpark, der durch den Verein mit Rudi Wimber an der Spitze mit großem Engagement ehrenamtlich gepflegt wird.

Und abschließend in Brodersdorf in der Alten Schulen 90 Minuten kompakte politische Diskussion mit Werner Kalinka. Ein herzliches Dankeschön an Familie Voege für Kaffee und leckeren Kuchen!



Fotos: Jörg Erdmann

Boßel-Turnier der CDU Kalübbe wieder ein grosser Erfolg

(27.04.2015) Das traditionelle Boßel-Turnier der CDU Kalübbe - wieder ein Höhepunkt in Kalübbe. Eine prächtige Stimmung, die auch vom etwas regnerischen Wetter nicht getrübt werden konnte. Ortsvorsitzender Björn Rüter konnte zahlreiche Gäste begrüßen. Die CDU-Mannschaft mit Hans-Jürgen Gärtner, André Jagusch, Jürgen Kleinfeldt und Thure Koll erreichte den 2. Platz bei 13 Mannschaften!



v.l.: Jürgen Kleinfeldt, Thure Koll, André Jagusch mit dem Kalübber Ortsvorsitzenden Björn Rüter und Boßel-Organisator Rolf Rieper

Sicherheit: Für Zufriedenheit gibt es keinen Anlass

(24.04.2015) "Für Zufriedenheit gibt es keinen Anlass", so der CDU-Kreisvorsitzende Werner Kalinka zum Kriminalitätsbericht 2014 für den Kreis Plön. Die Zahl der Wohnungseinbrüche sei von 241 auf 298 gestiegen, bei den Autoaufbrüchen gab es eine Steigerung auf 431 Anzeigen = 68 mehr als in 2013.

Erheblich sei, dass nicht einmal jede 2. Straftat im Kreis Plön inzwischen aufgeklärt werde, Tendenz sinkend. Dies Ergebnis liegt sogar deutlich unter dem Landesdurchschnitt.

Kalinka: "Die Tendenz ist klar erkennbar: Es werden weniger Straftaten aufgeklärt. Weniger Polizeibeamte - dies ist der falsche Weg.

Es darf zudem nicht übersehen werden, dass bei der Statistik nur die angezeigten Delikte erfasst werden. Wie hoch die Dunkelziffer ist, ist nicht bekannt."

Tolle Stimmung beim CDU Osterfeuer in Stolpe

(23.04.2015) Das Wetter hat mitgespielt und das CDU Team um Christian Wegner konnte 600 Bürger begrüßen. Wie immer waren die Familien der Rückhalt und Groß und Klein folgten der Musik zum Stolper See. Die Jüngsten standen im Vordergrund und konnten Preise gewinnen, Stockbrot backen oder auf den Ponys des Reit- und Fahrvereins reiten. Das 34. traditionelle Osterfeuer war wieder ein Zeichen für Stolpe. Wer konnte kam und nutzte den Abend für Gespräche und den Start ins Frühjahr.



Förderung von „Wasser Otter Mensch“: Eine CDU-Initiative

(16.04.2015) Am 8. September 2014 sind der Vorstand von "Wasser Otter Mensch" und die CDU (Werner Kalinka, Thomas Hansen, Dr. Regine Niedermeier-Lange) in Eutin zu einem Gespräch zusammen gekommen. Im Mittelpunkt standen die Arbeit des Vereins, der Natur- und Umweltschutz und die Frage, wie die Finanzierungslücke von 6 000 Euro für die weitere Arbeit geschlossen werden könne. Dies war sehr wichtig, um die Gesamtfinanzierung sicherzustellen.

Am 9. September beschloss die CDU-Kreistagsfraktion, sich für die Unterstützung einzusetzen, am 10. September wurde ein entsprechender Antrag in den Kreistagsausschuss durch den Kreistagskollegen Hans-Herbert Pohl eingebracht. Der Ausschuss beschloss, das Vorhaben zu unterstützen. Im Dezember 2014 erfolgte die endgültige Mittelfreigabe durch den Kreistag.

Hans-Herbert Pohl - Vorsitzender des Ausschusses - machte bei der Übergabe des Förderbescheides im April 2015 deutlich (siehe unten), dass die Initiative von der CDU ausging.

Während der OSTHOLSTEINER ANZEIGER (OHA) dies auch vermerkte, war in den "Kieler Nachrichten" nichts davon zu lesen.



Ostholsteiner Anzeiger, 16.04.2015

Eindrucksvoller Vertrauensbeweis: Malte Schildknecht bleibt JU-Vorsitzender



(20.04.2015) Malte Schildknecht ist auf dem Kreisverbandstag der Jungen Union (JU) eindrucksvoll in seinem Amt bestätigt worden. Auf dem Kreisverbandstag in Schwentental erhielt er 32 Ja-Stimmen und eine Nein-Stimme. Er ist seit sechs Jahren JU-Kreisvorsitzender und seit 2013 Kreistagsabgeordneter.

Auch die übrigen Kreisvorstandsmitglieder wurden mit großen Mehrheiten oder einstimmig gewählt: Benjamin Hingst und Jan-Philipp Pohst als stellvertretende Vorsitzende, Hauke Stenzel (Schatzmeister), Christian Lüken (Kreisgeschäftsführer), Eva-Marie Böttcher, Till Unger, Reto Rostek und Jan Lentz als Beisitzer. Neu im Vorstand dabei sind der 24-jährige Benjamin Hingst, Jan Lentz (23) und Till Unger (18).

In seinem Rechenschaftsbericht hob Schildknecht den Flohmarkt in Plön, das Grünkohlessen in Schönberg, den JU-Talk mit dem CDU-Kreisvorsitzenden Werner Kalinka, die guten Arbeits- und Gesprächsmöglichkeiten in der Kreisgeschäftsstelle und verschiedene politischen Aktionen wie das Nein zu Fracking und zur Stadtregionalbahn (SRB) hervor. Die JU habe sich inhaltlich engagiert und organisatorisch zum Beispiel durch die Unterstützung bei der Plakatierung eingebracht.

Aufgrund der aktuellen Ereignisse hatte der Ortsverband der JU Preetz einen Dringlichkeitsantrag auf dem Kreisverbandstag eingebracht: Der Wolf soll in das Landesjagdrecht aufgenommen werden. Die Hege und Pflege, Kontrollmöglichkeiten und ein breit aufgestellter Schutz des Wolfes würden durch eine Aufnahme besser sichergestellt sein als durch das bisherige Wolfsmanagement des Landes. Das Wolfsmanagement kann auch nach der Aufnahme gut in den Wolfsschutz integriert werden und eine wichtige Unterstützungsleistung bieten. "Es ist dabei vollkommen klar, dass der Wolf eine ganzjährige Schonzeit erhält, wie der Seeadler oder der Fischotter", so Lasse Sonn (Ortsvorsitzender JU Preetz). Weiter wurde angeführt, dass es allein aus der Logik heraus sinnvoll ist den Wolf mit aufzunehmen. "Sogar Elche werden im Jagdrecht aufgezählt, dann gehört der Wolf auch ins Jagdrecht", so Sonn. Der Antrag wurde bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen angenommen.

Weiterhin unterstützt die JU die CDU bei der Prüfung der Einführung eines Rufbus-Systems im Kreis Plön. In einem Beschluss des Kreisverbandstages wird die Notwendigkeit einer flächendeckenden und flexiblen ÖPNV-Versorgung betont. Im Zuge dieses Systems solle auch die

Erweiterung der bereits bestehenden Buslinien sowie eine Zusammenarbeit mit angrenzenden Kreisen überprüft werden.

Auf dem Kreisverbandstag konnte die Junge Union u.a. den CDU-Kreisvorsitzenden Werner Kalinka, den Landtagsabgeordneten Peter Sönnichsen, den CDU-Kreisgeschäftsführer André Jagusch und den JU-Landesvorsitzenden Tobias Loose begrüßen.

Polizei-„Reform“:

Zu Lob besteht aus Plöner Sicht nun wirklich kein Anlass

(16.04.2015) "Zu Lob besteht nun wirklich kein Anlass", so der CDU-Kreistagsabgeordnete Dieter Arp zur "Aufstufung" der Polizeizentralstation Plön zum Polizeirevier und zum "Umschrauben" des Namensschildes. Fest stehe: Im Kreis Plön gebe es künftig weniger Polizeibeamte, keine Polizeizentralstationen mehr und 6 Polizeistationen weniger.

Dass es im Kreis Plön noch ein Polizeirevier gebe, sei doch wohl das Mindeste. Arp: "Einst war der Kreis eine eigenständige Inspektion mit zwei Polizeirevieren." Nicht vergessen werden dürfe, dass auch der Umweltrupp der Polizei in Plön aufgelöst worden sei.

Die Dominanz Kiels innerhalb der Polizeidirektion (Stadt Kiel, Kreis Plön), so Arp, sei inzwischen überdeutlich: In Kiel seien die Direktion, ein Bezirksrevier, 4 Polizeireviere, 10 Polizeistationen, die Bezirkskriminalpolizeiinspektion und die Kriminalpolizeistelle (in Plön eine Kriminalpolizeiaußenstelle). Auch wenn man berücksichtige, dass Kiel gut 100 000 Einwohner mehr als der Kreis Plön habe, könne die "Schieflage" nicht übersehen werden. Während in Plön Polizeistationen aufgelöst würden, gebe es in Kiel neben den 4 Revieren noch 10 Polizeistationen.

Erstaunen müsse in dem Artikel der "Kieler Nachrichten" vom 15. April 2015 auch der Hinweis auf die "Einmannstation" in Selent. Bisläng sei Selent eine Polizeistation mit drei Beamten gewesen.

Erstaunen müsse auch, wie die "Reform" umgesetzt werde. In Selent sei zum 1. April 2015 die Station aufgelöst worden, um zu einem "Büro" zu werden. Hintergrund sei, dass man in Lütjenburg derzeit gar keinen Platz für mehr Beamte habe. Arp: "Eigentlich löst man doch erst solche Fragen, bevor man eine Station auflöst." Und in Probsteierhagen gebe es seit dem 1. April 2015 keine Polizeistation mehr, obwohl die Räumlichkeiten weiter zur Verfügung stünden.

Immobilienpreise zeigen: Kreis Plön ist ein attraktiver Kreis

(08.04.2015) "Der Anstieg der Immobilienpreise im Kreis Plön im Jahr 2014 zeigt doch sehr deutlich, dass unsere Regionen für Familien und Singles, aber auch für Kapitalanleger attraktiv sind", so die CDU-Kreistagsabgeordneten Hans-Herbert Pohl und André Jagusch. Wenn durchschnittlich ein Anstieg von 4,5% (Einfamilienhäuser), 6,2% (Reihenhäuser) und sogar

12,6% für Eigentumswohnungen im Kreis zu verzeichnen sei, seien dies sehr beachtliche Werte.

Auch ein durchschnittlicher Einfamilienhaus-Kaufpreis von 188 000 Euro im Kreis Plön sei eine Größenordnung, die nicht überall in Schleswig-Holstein erzielt werde. Pohl und Jagusch: "Es zeigt sich auch hier, dass man mit Prognosen vorsichtig sein sollte. Wie sich in der Zukunft die Bevölkerungszahl - auch bei uns im Kreis - wo wie genau entwickelt, ist nicht sicher voraussagbar. Fest steht allerdings: Je attraktiver eine Region, umso mehr wird sie nachgefragt. Und da steht der Kreis Plön durchaus interessant da. Und daran sollten wir weiter arbeiten."

„Unbedenklichkeits“-Testat bringt „Sozialen Tag“ in Gefahr

(31.03.2015) Deutliche Kritik am neuen Erlass der Bildungsministerin Britta Ernst (SPD) zur Handhabung des "Sozialen Tages" übt die CDU im Kreis Plön. In dem vorgesehenen Formular sollen die Schulen eine "Gefährdungsbeurteilung" durchführen und gegebenenfalls der geplanten Tätigkeit des Schülers widersprechen.

"Es kann doch nicht ernsthaft die Aufgabe von Schulleitungen und Lehrkräften sein, die Arbeitsplätze für den ‚Sozialen Tag‘ zu klassifizieren. Mit solchen Formulierungen werden unnötige Schwierigkeiten in den Schulen geschaffen, die dieses beispielhafte Engagement in Gefahr bringen", so der bildungspolitische Sprecher der CDU, Tade Peetz.

Zwar hatte Bildungsministerin Ernst das Formular nach ersten Protesten von Verbänden und Arbeitgebern gekürzt, das "Ergebnis der Gefährdungsbeurteilung", das von der Schule auszufüllen war, ist aber weiterhin darin enthalten.

Peetz: "Nach welchen Kriterien sollen die Schulen denn entscheiden? Am besten verschwindet dieses Papier schnellstens wieder im ministeriellen Ordner für missglückte Dienstanweisungen."

Der 1992 als Schülerinitiative gegründete Verein "Schüler Helfen Leben" ist die Organisation, die hinter dem Sozialen Tag steckt. Der Soziale Tag wird jedes Jahr von Jugendlichen organisiert, die ihr Freiwilliges Soziales Jahr im Verein machen.

Schließung von Polizeistationen und Abstufungen ein bitterer Tag

(30.03.2015) Als "bitteren Tag" hat die CDU im Kreis Plön die Schließung der Polizeistationen in Probsteierhagen und Selent zum 1. April 2015 bezeichnet. Pressesprecher Tade Peetz: "Gegen die Meinung vieler Bürger und der kommunalen Familie zieht die Landesregierung etwas durch, von dem sie eigentlich wissen sollte, dass dies weder richtig noch notwendig ist. Weniger Polizeistationen, weniger Polizeibeamte - dies führt nicht zu mehr Sicherheit. Präventive polizeiliche Arbeit wird sich dadurch noch weiter verringern."

Dass die Polizei-"Reform" auch ansonsten tiefgreifend und mehr als eine organisatorische Veränderung sei, so Peetz, ergebe sich auch daraus, dass die bisherigen Polizei-Zentralstationen Lütjenburg, Schwentental und Schönberg ab 1. April 2015 zu Polizeistationen heruntergestuft würden und künftig nur noch nachgeordnete Dienststellen des Polizeireviers Plön seien.

Gerade auch die Art und Weise der Veränderungen befremde sehr. Selent werde vorerst weiter als "Büro" der Lütjenburger Polizeistation geführt. Grund dafür sei offenbar, dass es in der jetzigen Lütjenburger Wache nicht genügend Platz für neue Kollegen gebe. Peetz: "Wenn man schon die Veränderungen will, wäre es das Mindeste gewesen, die Raumfrage vorher zu klären."

In Probsteierhagen habe es gleichfalls keinen Druck gegeben, bereits zum 1. April 2015 die Station aufzulösen. "Sang- und klanglos" gehe auch hier eine lange erfolgreiche polizeiliche Stations-Präsenz zu Ende. Die Räumlichkeiten in dem der Gemeinde gehörenden Haus in der Dorfmitte hätten weiter zur Verfügung gestanden - aber die Beamten seien ab 1. April 2015 nicht mehr da.

Bedauerlicherweise plane die Landesregierung nach wie vor, auch die Polizeistation Laboe aufzulösen. Deshalb bestehe auch in Heikendorf noch Klärungsbedarf bei der Erweiterung der Räumlichkeiten im dortigen Gebäude.



Schon im April 2014 machte die CDU-Fraktion im Kreistag deutlich, was sie von den Plänen der Landesregierung und der Kieler Polizeiführung hielt, Polizeistationen aufzulösen und die Zahl der Polizeibeamten im Kreis zu reduzieren: Die Abgeordneten zeigten die "Rote Kelle". Übrigens: Die Mehrheit des Kreistages stimmte für die CDU-Position.

Wie kann die Attraktivität der CDU als Volkspartei gesteigert werden?



v.li.: Werner Kalinka, Dieter Westphal, André Jagusch, Corinna Böhm, Georg Biss, Karin Liebig, Hans-Jochen Mannitz, Joachim Schmidt

(25.03.2015) Wie kann die Attraktivität der CDU als Volkspartei gesteigert werden? Welche Themen müssen stärker beachtet werden? Wie kann mehr Interesse an der politischen Arbeit geweckt werden? Lebhaft und offen diskutierte die CDU Bösdorf auf ihrer Jahreshauptversammlung, nachdem CDU-Kreisvorsitzender Werner Kalinka zur "Volkspartei CDU" eingeführt hatte. Auch Kreisgeschäftsführer André Jagusch beteiligte sich engagiert - vor allem zur jungen Generation - an der Diskussion.

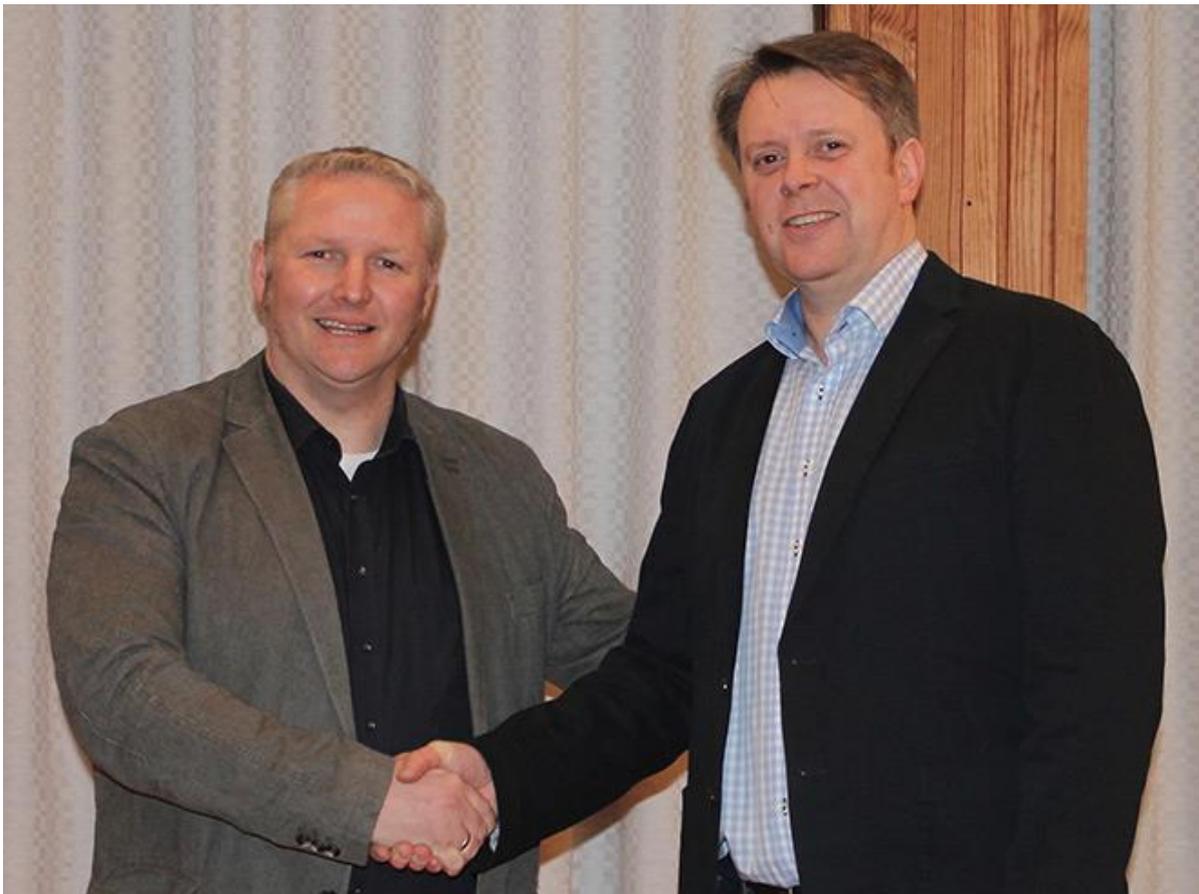
Zuvor hatte die CDU Bösdorf nach den Berichten des Vorstandes und von Bürgermeister Joachim Schmidt, der vor allem die bauliche, demografische und finanzielle Entwicklung der Gemeinde ansprach, den Vorstand neu gewählt. Ortsvorsitzender bleibt Georg Biss, desgleichen Stellvertreterin Karin Liebig, Schatzmeister Hans-Jochen Mannitz und Schriftführer Dieter Westphal. Neue Beisitzerin ist Corinna Böhm. Fast alle Wahlen erfolgten einstimmig.

Kalinka hob die Grundlagen der CDU hervor. Wirtschaft und Soziales seien die Säulen der CDU-Politik, es sollte wieder mehr über Werte gesprochen werden. Die CDU müsse die Volkspartei der Mitte bleiben. Sie müsse eine "echte Diskussion über Inhalte und Positionen" führen. 2012 habe die CDU Schleswig-Holstein mit 30,8 % ihr schlechtestes Landtagswahlergebnis seit 1950 gehabt. Kalinka: "Dies muss aufgearbeitet werden. Die Bürger erwarten, dass wir sagen: wir haben verstanden."

In der knapp zweistündigen Diskussion wurde eine Vielzahl von Aspekten angesprochen. Stichworte aus der Diskussion, die zu konkreten Ergebnissen auch vor Ort führen soll: "Die CDU

muss das Soziale deutlicher machen", "wir müssen viel mehr die Jugend ansprechen", "Bildungspolitik ist bei der Landesregierung zur politischen Spielwiese geworden", "die Haupt- und Realschule sind schlecht geredet worden", "beim Ehrenamt steht man oft allein da", "von eingefahrenen Wegen abkommen". Weitere Themen: die Verkehrsverbindungen und Arbeitsmöglichkeiten in der Region. Die CDU Bösdorf überlegt, künftig regelmäßig bürgeroffene politische Gesprächsrunden anzubieten.

CDU Heikendorf: Gerald Baden ist neuer Vorsitzender



(22.03.2015) Harmonischer Wechsel an der Spitze des CDU Ortsverbandes Heikendorf: Die Heikendorfer Christdemokraten wählten in der Jahreshauptversammlung am 20. März 2015 den Gemeindevertreter Gerald Baden zum neuen Vorsitzenden.

Er übernimmt damit das Amt von Tade Peetz, der dem Ortsverband sechs Jahre vorstand und nicht wieder kandidiert hatte.

"Ich danke den Mitgliedern für ihr Vertrauen und freue mich auf die kommenden Aufgaben. Wir werden den guten Weg der CDU Heikendorf weitergehen und die Sichtbarkeit unserer Partei weiter ausbauen. Dazu gibt es bereits eine Reihe von Ideen, die ich mit dem neuen Vorstand besprechen werde", erklärte Baden.

Peetz, der im neuen Vorstand als Stellvertreter weiter mitarbeitet, bedankte sich für die Unterstützung während seiner Amtszeit und begründete seine Entscheidung: "Wenn über die Zeit weitere Aufgaben auf einen zugekommen sind, muss man im Blick behalten, dass die bisherigen auch zukünftig ordentlich und gut erledigt werden – darauf haben unsere Mitglieder vor Ort einen berechtigten Anspruch. Deshalb ist es jetzt der richtige Zeitpunkt, die Verantwortung weiter zu geben und Gerald Baden ist der richtige Mann dafür."

Alter und neuer Schatzmeister ist Joachim Wiedemann, als Schriftführerin wurde Silvia Ihms gewählt. Als Beisitzer komplettieren Kathrin Gülden-zoph, Claus Asmussen, Hans-Herbert Pohl, Rolf-Werner Peters und Jochen Kewitz den Vorstand.

Frauke Sander scheidet auf eigenen Wunsch aus dem Vorstand aus und unterstrich hierbei: "Ich freue mich sehr, dass nunmehr zwei jüngere Frauen im CDU-Vorstand vertreten sein werden und ihre Ideen einbringen können. Das war mir im Sinne der CDU wichtig."

Petra Pluhar zur Vorsitzenden der CDU Probsteierhagen gewählt /Jörg Fister und Horst Perry für 40-jährige Mitgliedschaft geehrt





(21.03.2015) Petra Pluhar ist neue Vorsitzende der CDU Probsteierhagen. Auf der Jahreshauptversammlung unter der Tagungsleitung von Konrad Gromke erhielt sie in geheimer Wahl von den 28 anwesenden Mitgliedern 26 Ja-Stimmen. Stellvertretender Vorsitzender ist Hartmut Frischbier, Schatzmeisterin Ulrike Schneider, Schriftwart Fred Schlaak, Beisitzer sind Robert Elbnik und Jörg Fister. Auch sie dürfen sich breiter Wertschätzung erfreuen und wurden einstimmig oder fast einstimmig gewählt.

Die CDU Probsteierhagen wird ihre aktive und erfolgreiche Arbeit fortsetzen. Petra Pluhar: "Wir werden unsere höchst erfolgreichen Veranstaltungen wie den Flohmarkt selbstverständlich fortsetzen. Zudem wollen wir die Diskussion über politische Themen verstärken. Dabei ist uns die enge Einbeziehung unserer Mitglieder besonders wichtig." Schon am Abend hatten diese die Gelegenheit, Vorschläge einzubringen oder Kritikpunkte zu benennen.

Für 40jährige Mitgliedschaft in der CDU ausgezeichnet wurden Jörg Fister und Horst Perry. Petra Pluhar und Kreisvorsitzender Werner Kalinka überreichten Ehrenurkunde und Ehrennadel. Beide hoben den langjährigen Einsatz der beiden für Probsteierhagen und die Region hervor. Jörg Fister besonders für Natur und Umwelt und gegen Fracking, Horst Perry vor allem für die Kultur- und Heimatpflege wie im kirchlichen Bereich. Beide hätten sich große Verdienste erworben und engagierten sich vorbildlich. Die CDU sei stolz auf ihr Engagement. Kalinka: "Immer sachorientiert und konstruktiv, und wenn es geboten ist, auch mit kritischem Blick."

In seinem Bericht zur politischen Lage betonte der CDU-Kreisvorsitzende, mit einem Ruf-Bus-System und mehr Busverbindungen werde der ÖPNV flexibler und attraktiver. Zudem sei das schnelle Internet von besonderer Wichtigkeit, um die Gemeinden und die Region zu stärken.

Auszeichnungen für langjährige Mitgliedschaften bei der CDU Lehmkuhlen



Wolfram Wegener, Werner Kalinka, Eckhard von Paepcke, Hans-Joachim Wiggering und Günter Kord-to-Krax (von links); Foto: André Jagusch

(18.03.2015) Mitglieder der CDU Lehmkuhlen sind für langjährige Mitgliedschaft ausgezeichnet worden. CDU-Kreisvorsitzender Werner Kalinka und Ortsvorsitzender Günter Kord-to-Krax überreichten Ehrenurkunde und Ehrennadel auf der Jahreshauptversammlung in Neeths Gasthof an Eckhard von Paepcke (50 Jahre), Hans-Joachim Wiggering (40 Jahre) und Wolfram Wegener (40 Jahre). Sie würdigten die Jubilare als Vertreter der Generation, die in den 60er und 70er Jahren eingetreten seien, um den Weg der CDU zu einer lebendigen Volkspartei aktiv mit zu gestalten.

Eckhard von Paepcke war von 1988 - 1992 CDU Ortsvorsitzender von Lehmkuhlen, zudem war er Gemeindevertreter. Wolfram Wegener trat als Ortsvorsitzender seine Nachfolge an und führte die CDU Lehmkuhlen bis 2002. Er war gleichfalls Gemeindevertreter und zudem stellvertretender Bürgermeister. Hans-Joachim Wiggering, vor gut 30 Jahren aus Nordrhein-Westfalen gekommen, hat die CDU immer engagiert mit Rat und Tat unterstützt.

Einstimmig wiedergewählt wurde Günter Kord-to-Krax auf der von Kreisvorstandsmitglied Malte Schildknecht geleiteten Jahreshauptversammlung. Kord-to-Krax ist als Nachfolger von Wolfram Wegener seit 2002 CDU-Ortsvorsitzender. In seinem Rechenschaftsbericht hob er besonders das auch in diesem Jahr wieder sehr erfolgreiche Wintervergnügen hervor. Gleichfalls einstimmig wiedergewählt wurden Stellvertreter Hinrich von Donner und Schatzmeisterin Gudrun Kord-to-Krax.

CDU-Frühlingsball in Giekau wieder ein Highlight



(17.03.2015) Er hat eine lange Tradition. Immer gut besucht, immer ein gesellschaftliches Ereignis für Giekau und die Region: der CDU-Frühlingsball. Auch in diesem Jahr waren viele Gäste in den "Giekauer Kroog" gekommen, um nach dem schmackhaften Buffet das Tanzbein zu schwingen oder/und zu klönen. Unter ihnen: Dr. Philipp Murmann, Werner Kalinka, Bernhard Ziarkowski, Gerd-Dieter Arp, Malte Schildknecht und André Jagusch. Und auch diesmal wieder ein "Highlight": Die reichhaltige Tombola. Um vier Uhr morgens gingen die letzten Gäste. Ein besonderer Dank gilt dem "Frühlingsball-Team": Christoph Graf von Hahn, Eckhard Graf von Hahn, Hauke Stenzel und Peter Pappenheim (von links).

SPD-MdB: „Hein Schönberg“ liegt auf Eis / CDU: Mehr Busverbindungen und Ruf-Bus-Systeme würden den ÖPNV attraktiver machen

(13.03.2015) Die Bedenken der CDU im Kreis Plön zur Finanzierung der Bahnstrecke Kiel - Schönberg bestätigen sich sehr deutlich. Dies ist nach der aktuellen Verabschiedung des Regionalisierungsmittelgesetzes im Bundestag, aus dem ÖPNV- und Bahnprojekte finanziert werden, unschwer erkennbar.

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Birgit Malecha-Nissen lobt zwar auf der Homepage des SPD-Kreisverbandes die Erhöhung des Mittel um 1,5%, räumt aber ein, dass dies nicht reiche, um die Bahnstrecke zwischen Kiel und Schönberger Strand finanzieren zu können: "Aktuell liegt dieses Bauprojekt auf Eis, da dem Land schlicht die nötigen Mittel fehlen." Schon seit längerem hatte der schleswig-holsteinische Wirtschafts- und Verkehrsminister Reinhard Meyer (SPD) durchblicken lassen, dass er bei dieser Beschlusslage das Vorhaben nicht finanzieren könne.

Wie weit eine Realisierung der Bahnplanungen zwischen Kiel und Schönberg von der Wirklichkeit entfernt ist, wird auch durch eine andere Aussage der SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Malecha-Nissen in ihrer Erklärung deutlich: "Hein Schönberg" sei "überall" - "ähnliche Situationen finden wir überall in Deutschland".

CDU-Pressesprecher Tade Peetz: "SPD und Grüne haben hohe Erwartungen geweckt, aber bisher nicht geliefert. Jetzt muss ausgerechnet die aus dem Kreis Plön kommende SPD-Bundestagsabgeordnete einräumen, dass die Bahnsignale zwischen Kiel und der Probstei auf ROT stehen. Und nicht nur das: Das rot-grüne 380-Mio-Euro Projekt Stadtrationalbahn (SRB) ist nach dem Nein des Kreistages Rendsburg-Eckernförde faktisch erledigt.

Die Plöner SPD/Grünen/FWG-Kreistagskoalition sollte in sich gehen. Mehr Busverbindungen und Ruf-Bus-Systeme - dies bringt konkret und in überschaubarer Zeit einen flexibleren, attraktiveren ÖPNV auf den Weg. Die CDU im Kreis Plön hat dazu Vorschläge unterbreitet und ist im Interesse der Sache zu gemeinsamen Handeln bereit."

Polizeiliche Kriminalstatistik gibt keinen Anlass zur Sorglosigkeit

(11.03.2015) "Manchmal hilft es, Statistiken gründlich zu lesen, bevor man anderen Vorhaltungen macht", entgegnet der CDU-Kreistagsabgeordnete Gerd-Dieter Arp den SPD-Kreispolitikern Norbert Maroses und Lutz Schlüsen, die der CDU und FDP "Panikmache" aufgrund der Schließung der Polizeistationen im Kreis Plön vorgeworfen hatten und sich dabei auf die Polizeiliche Kriminalstatistik 2014 (PKS) berufen.

In der Tat gebe es im Kreis Plön einen leichten Rückgang der bekannt gewordenen Fälle (-0,4%), einen deutlich stärkeren Rückgang der aufgeklärten Fälle um 4,2% (135 Fälle) weist die Statistik jedoch auch aus. Die niedrige Aufklärungsquote im Kreis Plön liegt dabei mit 48,2% unter dem ohnehin schwachen Landesdurchschnitt (51,2%). So werde bei Wohnungseinbrüchen, die die Bevölkerung am stärksten beunruhigen, nur jede 8. sozialschädliche Tat landesweit aufgeklärt – im Kreis Plön durchschnittlich nur jede 12. Tat.

Arp: "Obwohl also weniger passiert, wird deutlich weniger aufgeklärt. Hier müssen wir leider einen Rückgang der Aufklärungsquote um 2% innerhalb eines Jahres zur Kenntnis nehmen."

Da die Straftaten in den Städten im Kreis Plön gegen den Trend zurückgehen (Preetz -6,9%, Schwentinental -8,4%), ist im Umkehrschluss von einem Anstieg im ländlichen Raum auszugehen. Eine detailliertere Analyse für den Kreis Plön werde jedoch erst mit den Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik der Polizeidirektion Kiel möglich sein, die bislang noch gar nicht vorliege. Es sei bezeichnend, dass die SPD hier auf die "schnelle Meldung" abziele, ohne sich mit der Entwicklung überhaupt sorgfältig beschäftigt haben zu können.

"Hinzu kommt, dass die Schließung der größeren Polizeistationen wie z.B. in Laboe und Selent erst in diesem Kalenderjahr vollzogen wird und die damit verbundenen Auswirkungen somit noch überhaupt nicht in die 2014er-Statistik einfließen konnten. Von daher gibt es keinen Grund zur Sorglosigkeit im Kreis Plön", so Arp.

CDU: Uns geht es darum, den Sportvereinen zu helfen

(05.03.2015) Die CDU-Kreistagsfraktion freut sich über das Lob des Kreissportverbandes für ihre Initiative zur Sportförderung. CDU-Fraktionsvorsitzender Thomas Hansen: "Uns geht es darum, Ungerechtigkeiten zu beseitigen, um möglichst vielen Vereinen beim Bau und bei der Sanierung von Sportanlagen zu helfen. Wir werden prüfen und in der CDU-Kreistagsfraktion besprechen, ob eine Mittelfreigabe rückwirkend möglich ist und künftig in einem Haushaltsjahr nicht genutzte Mittel auf das nächste Haushaltsjahr übertragen werden können. Wir stehen diesen Anregungen des Kreissportverbandes offen gegenüber. Uns geht es darum, den Sport und die Vereine zu unterstützen."

Kreissportverband lobt CDU für Initiative zur Sportförderung

Plön. Der Kreissportverband Plön begrüßt die Initiative der CDU-Kreistagsfraktion, die Sportförderung zu vereinfachen. Wie gestern berichtet, hatten 18 Sportvereine im Kreis Plön keine Chance auf Zuschüsse vom Kreis für die Sanierung und den Bau von Sportanlagen. Die Gewährung eines Zuschusses hing seit 2011 davon ab, wie hoch die Gemeindesteuern in den einzelnen Orten waren: Lagen sie unter dem Landesdurchschnitt, gab es keinen Zuschuss. „Sportvereine haben nicht die Finanzhoheit in den Gemeinden“, erklärt der Vorsitzende des Kreissportverbandes, Sven Thode. Er hoffe, dass der Aufhebungsbeschluss rückwirkend am besten für die vergangenen drei Jahre gefasst werde. 2014 und 2015 blieben große Teile der Fördermittel im Haushalt zurück, weil sie nicht vergeben werden durften. Wenn der Kreistag diesem Wunsch folgt, würden zahlreiche Vereine doch noch Gelder erhalten. Auch ein Übertrag der nicht verbrauchten Mittel ins nächste Jahr hält der Verband für sinnvoll. hjs

Kieler Nachrichten, 05.03.2015

Walter Lamp - große Verdienste um die CDU Blekendorf



Andreas Köpke, Walter Lamp, Werner Kalinka, Stefan Leyk, Wolfgang Stuhlt (v. links); Foto: Erika Stuhlt

(04.03.2015) Sein Weg in die CDU begann mit einem Jahr Verzögerung. Als man ihn werben wollte, wurde er zum Steakessen eingeladen. Das Essen war nach seinem Geschmack, weniger allerdings die Art der Ansprache. Und so dauerte es noch ein Jahr, bis er das Eintrittsformular unterschrieb: Walter Lamp.

CDU-Ortsvorsitzender Wolfgang Stuhlt erinnerte bei der Ehrung für 50jährige CDU-Mitgliedschaft an diese schöne Geschichte. Er würdigte gemeinsam mit Werner Kalinka den Jubilar, den man im besten Sinne des Wortes als ein politisches Urgestein bezeichnen kann. Gerade heraus, mit festen Grundpositionen, aber auch offen für gute andere Argumente. Gern das Gespräch führend, bürgernah. Er kennt in Blekendorf wohl fast jeden Bürger.

Seine Verdienste um die CDU Blekendorf sind groß. Der erfolgreiche Landwirt und leidenschaftliche Jäger ist seit 50 Jahren für die CDU sehr engagiert. Seine Devise: Handeln, zusammenhalten, nicht nörgeln. Er hat einiges dazu beigetragen, dass die CDU Blekendorf Krisenzeiten überstand und mit Andreas Köpke wieder einen sehr kompetenten, engagierten und erfolgreichen Bürgermeister stellt.

Viel Beifall für Walter Lamp begleitete die Ehrung beim traditionellen Grünkohlessen der CDU Blekendorf, zu dem in diesem Jahr zum 61. mal eingeladen wurde und Wolfgang Stuhlt auch den dortigen Kreistagsabgeordneten und stellv. CDU-Kreisvorsitzenden Stefan Leyk wie Repräsentanten der CDU Behrendorf und der CDU Hohwacht begrüßen konnte. Die drei Verbände sind seit längerer Zeit freundschaftlich verbunden und unterstützen sich gegenseitig.

Stefan Leyk ging in seinem Grußwort vor allem auf die Bundeswehr, die internationale Lage und die Konversion in Lütjenburg, Werner Kalinka auf die Notwendigkeit der Verbesserung von Busverbindungen, das Ruf-Bus-System, den Neubau der Kreisfeuerwehrzentrale, Breitband und den ländlichen Raum ein.

Karin Jensen für 40 Jahre Treue und Verbundenheit mit der CDU-Ehrennadel ausgezeichnet



Foto: Wolfgang Mersmann

(25.02.2015) Im Rahmen des traditionellen Grünkohlessens des CDU Ortsverbandes Schönkirchen-Mönkeberg in Arp's Gasthof in Flüggendorf wurde Karin Jensen in Anwesenheit von weit über 50 Gästen für 40 Jahre Mitgliedschaft in der CDU mit der Ehrennadel und der Ehrenkurkunde geehrt, gezeichnet von der Bundesvorsitzenden Angela Merkel, dem Landesvorsitzenden Ingbert Liebing und dem Kreisvorsitzenden Werner Kalinka. "Wir sind besonders stolz darauf, aktive Frauen wie Karin Jensen in unserer Mitte zu haben", so die CDU-Ortsvorsitzende Hildegard Mersmann. Karin Jensen hatte mehr als 27 Jahre sehr aktiv im Arbeitskreis der Frauen innerhalb der CDU mitgewirkt und an vorderster Stelle alle Aktivitäten mitgestaltet und geprägt. Besonders hervorzuheben ist der unglaublich erfolgreiche Weihnachtsbasar mit vielen aktiven Helfern aus ganz Schönkirchen. Dieser Basar schrieb Erfolgsgeschichte und war geradezu eine Institution.

"Wir danken Karin Jensen", so Hildegard Mersmann: "Das passt trefflich, denn das Jahr 1975 wurde als "Jahr der Frau" international deklariert und in Mexiko-Stadt fand die 1. UN-Weltfrauenkonferenz statt."

Werner Kalinka hob hervor, Karin Jensen dränge sich nie in den Vordergrund, beobachte das politische Geschehen aber mit größter Aufmerksamkeit und habe immer eine klare Position: "Wenn sie sich zu politischen Fragen äußert, trifft dies den Punkt", so der CDU-Kreisvorsitzende: "Eine Frau der klaren Analyse." Er erinnerte daran, wie auf die verlorene Bundestagswahl 1972 eine sehr erfolgreiche Kommunalwahl 1974 gefolgt sei. Auch durch viele Eintritte sei die CDU

dabei den Weg zu einer lebendigen, diskutierenden Volkspartei gegangen. Zu dieser Generation gehöre Karin Jensen.

Und er dankte auch für eine andere lange Zeit: "Wenn ihr Mann Eckhard 55 Jahre ehrenamtlich so aktiv sein konnte, dann auch, weil Karin ihn dabei immer unterstützt hat."

CDU: Dokumentationspflichten beim Mindestlohn reduzieren!

(20.02.2015) Einen Abbau der Dokumentationspflichten beim Mindestlohn fordert die CDU-Kreistagsfraktion. In einem Antrag für die nächste Kreistagsitzung am 26. Februar 2015 ("Kreistag fordert Abbau der Dokumentationspflichten beim Mindestlohn") heißt es: "Die mit der Einführung des Mindestlohnes verbundenen Dokumentationspflichten haben ein unverträgliches Ausmaß. Der Plöner Kreistag fordert Bundesregierung und Bundestag auf, diese unverzüglich zu reduzieren. Die Dokumentationspflichten sind für die Betriebe deutlich zu belastend."

CDU-Fraktionsvorsitzender Thomas Hansen: "Es gibt beim Thema Handlungsbedarf in Berlin. Auch wenn dort die Entscheidungen fallen, sollte der Kreistag mit einer Aufforderung zum Handeln ein deutliches Signal setzen. Denn natürlich sind auch die Betriebe aus unserem Kreis betroffen."

Seit Jahresbeginn gibt es in Deutschland den flächendeckenden Mindestlohn. Dessen Umsetzung in die Praxis führe zu erheblichen bürokratischen Belastungen, so Hansen. Besonders die kleineren und mittelständischen Unternehmen würden darunter leiden. Aber auch in Sportvereinen und in kulturellen oder gemeinnützigen Einrichtungen sei der Aufwand deutlich gestiegen.

Super-Resonanz auf Rufbus-Modell



von links: Friedrich Scheffer, Alexander Orth, Werner Kalinka, Thomas Brechtel

(13.02.2015) Rund 120 Gäste und viel Zustimmung: Super-Resonanz auf die Vorstellung des Rufbus-Modells, zu dem CDU-Kreisvorsitzender Werner Kalinka und Heikendorfs Bürgermeister Alexander Orth (SPD) in den "Irrgarten" nach Probsteierhagen eingeladen hatten. Schon der vollbesetzte Saal zeigte: Ein Thema, was viele Bürger interessiert. Sehr stark vertreten war auch die kommunale Familie mit zahlreichen Repräsentanten aus den Städten und Gemeinden. Mit Amtsvorsteher Eckhard Jensen ("Ran an den Speck") waren sich die Zuhörer einig: Jetzt muss es an die Umsetzung gehen!

Thomas Brechtel, geschäftsführender Gesellschafter des europaweit in der Logistik führenden Technologieunternehmens FLS, präsentierte das Konzept. Mit dem System können in Echtzeit attraktive, flexible Beförderungsangebote, anpassbar auf den jeweiligen Bedarf, gemacht und damit Verbindungen deutlich optimiert werden. Der Bürger wird an seiner Haustür abgeholt, was nicht nur mehr ÖPNV-Attraktivität, sondern auch mehr Sicherheit bedeutet.

Zielgruppe sind alle Bürger, vor allem aber jene, die kein Auto haben oder auf ein solches verzichten wollen. Ein Modell für alle Generationen und zudem eine Antwort auf den demografischen Wandel. Gemeinden und Regionen können besser und flexibler angebunden werden. Ein sehr attraktives Angebot auch für "Querverbindungen" wie zum Beispiel zwischen Heikendorf und Schönkirchen. Umsetzbar - und mit Sicherheit gleichfalls interessant - wären zum Beispiel auch Verbindungen aus dem Kreis Plön nach Kiel, Neumünster oder Eutin.

Nach Aussage von VKP-Geschäftsführer Friedrich Scheffer braucht auch die VKP neue Angebote ("Stichwort alternative Bedienungsformen"), um die Attraktivität zu steigern. Natürlich sei dies auch mit Kosten verbunden: "Das alles wird es nicht umsonst geben." Scheffer hob die Chancen des Modells dort hervor, "wo ein normaler Bus sich nicht rechnet". Er ermunterte: "Ich würde mich sehr freuen, wenn die Politik des Kreises den einen oder anderen Euro in die Hand nimmt, um in überschaubarer Zeit zu einem ÖPNV-Konzept zu kommen, was dem Kreis Plön gerecht wird."

In der lebhaften Diskussion wurden zahlreiche Aspekte angesprochen: Der Preis, die Funktionsweise des Systems, das Zusammenwirken mit der VKP, eine mögliche Zeitachse zur Umsetzung dieses Projekts sowie die Begleitung durch Land und Bund. Denn: Das ÖPNV-Modell könnte natürlich auch in anderen Regionen und Kreisen umgesetzt werden. Werner Kalinka und Alexander Orth: "Mut zur Innovation. Dieses Modell hat Zukunft. Lasst uns gemeinsam einen deutlichen Schritt machen, um den ÖPNV zu flexibilisieren und zu stärken."

Schlachtfest und Damwildessen in der Probstei



Werner Kalinka, Wilma Rosenkranz-Petersen, Helmut Wichelmann, Sönke Stoltenberg, Claudia Petersen - beste Stimmung beim Schlachtfest in Höhndorf. Foto: Rainer Runge

(10.02.2015) Wenn in Höhndorf Schlachtfest ist, kommen die Gäste in großer Zahl von nah und fern: Schon kurz nach 10 Uhr waren die meisten Plätze im Dorfgemeinschaftshaus besetzt. Fast 380 Pfund wog diesmal das Schwein. Helmut Wichelmann und sein Super-Team hatten für jeden Geschmack etwas vorbereitet: Sauerfleisch mit Bratkartoffeln, Schwarzsauer und Klöße, Karbonade, Frikadellen, Grieben und vieles mehr. Dazu Bier vom Faß und Softdrinks, am Nachmittag Kaffee und Kuchen.

Gute Stimmung auch beim Damwildessen der CDU Köhn, zu dem Ortsvorsitzender Herbert Wendland ins 4 Mahlzeiten Köhn eingeladen hatte. Auch hier schmeckte es vorzüglich. Als Gäste konnte er die beiden Probsteier Kreistagsabgeordneten Werner Kalinka und Dieter Arp begrüßen. In seinem Grußwort betonte Kalinka, entscheidend für die Zukunft des ländlichen Raumes sei es, dass dieser lebendig bleibe und durch attraktive Lebensbedingungen gekennzeichnet sei. Ein Beispiel dafür sei das schnelle Internet, wie in Pülsen von der Telekom schon vor einiger Zeit verwirklicht.

CDU Ascheberg: Vorstand einstimmig bestätigt Kalinka: Es geht wieder um Frieden und Freiheit

(09.02.2015) Ein hohes Maß an Einvernehmen prägte die Vorstandswahlen der CDU Ascheberg im Landgasthof Langenrade unter der Leitung von Kreisgeschäftsführer André Jagusch. Ortsvorsitzender Klaus Englert wurde einstimmig bestätigt. Einstimmig wurden auch die weiteren Vorstandsmitglieder gewählt: Thure Schnoor (stellv. Vorsitzender), Kassenwart Jürgen Lück, Schriftführer Hans-Henning Ratjen und die Beisitzer Herbert von Mellenthin, Eggert Kaack und Hans Gudegast gewählt. In ihren Rechenschaftsberichten hatten Englert und Schnoor über die aktive Arbeit von Vorstand und Fraktion berichtet.



Kreisvorsitzender Werner Kalinka hob in seinem Bericht zur politischen Lage die Themen Frieden und Freiheit hervor. Die Lage in der Ukraine gebe zu großer Sorge Anlass. Dass die Sorge um den Frieden in Europa im 25. Jahr der deutschen Einheit so groß sei, habe man vor einiger Zeit noch nicht für möglich angesehen. Die Terroranschläge in Paris zeigten, dass es um einen Angriff auf die Werte der demokratischen Staatengemeinschaft gehe. Ihnen müsse in aller Entschiedenheit begegnet werden.

Kritisch äußerte sich Kalinka zur Schließung der Polizeistation in Ascheberg: "Ein falsche Entscheidung der Landesregierung. Weniger Polizei bedeutet auch weniger Sicherheit für die Bürger." Weitere Themen waren zum Beispiel das Nein zu Fracking, mehr Flexibilität beim ÖPNV, die Stärkung des Ehrenamtes, die Bildungspolitik und die überzogenen Dokumentationspflichten beim Mindestlohn. Auch das Thema Volkspartei CDU wurde engagiert diskutiert. Kalinka: "Wirtschaft und Soziales - beides sind die Säulen der Politik der Volkspartei CDU". Klaus Englert in seinem Fazit: "Eine prima Diskussion, die viele der Themen berührt hat, die uns unter den Nägeln brennen."

CDU sammelt Kuscheltiere für Flüchtlingskinder

(06.02.2015) Noch im Frühjahr wird die vom Kreis Plön eingerichtete neue Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber am geplanten Standort in der Plöner Rautenbergstraße für bis zu 40 Menschen zur Verfügung stehen. Mit einer Kuscheltier-Sammelaktion speziell für die "kleinsten" neuen Einwohner, die bald nach Plön kommen werden, möchten die CDU-Kommunalpolitiker André Jagusch, Björn Rüter, Thure Schnoor und Mechtilde Gräfin von Waldersee die Willkommenskultur aktiv mit Leben füllen.



Die CDU-Initiatoren André Jagusch, Mechtilde Gräfin von Waldersee, Björn Rüter und Thure Schnoor vor der künftigen Gemeinschaftsunterkunft in Plön.

"Wir möchten die Menschen, die auf der Flucht aus Krisengebieten und ihrem Weg bis nach Plön häufig viel durchgemacht und schlimme Erfahrungen sammeln mussten, mit offenen Armen begrüßen. Für Kinder sind dabei auch gerade Gesten wie ein geschenktes Kuscheltier ein wichtiges Signal, dass sie hier willkommen sind und sich geborgen fühlen können. Dafür möchten wir einen kleinen Beitrag leisten", so die Initiatoren Jagusch, Schnoor, Rüter und Gräfin von Waldersee.

"Nachdem wir bei uns selbst angefangen haben zu sammeln, kam schnell der Entschluss, dass sicher auch bei vielen anderen Bürgerinnen und Bürgern noch "Kuscheltierschätze" ungenutzt im Keller oder auf dem Dachboden liegen, die gerne für einen guten Zweck abgegeben werden."

Alle Kuscheltiere würden vor der Weitergabe noch einmal gründlich gereinigt. Dennoch wird darum gebeten, nur solche Kuscheltiere abzugeben, an denen die Kinder auch wirklich noch Freude haben werden. Selbstverständlich sind auch neue Kuscheltiere herzlich willkommen.

Der Bund muss zahlen, wenn Asylverfahren zu lange dauern

(21.01.2015) Wenn Asylverfahren länger als 3 Monate dauern, sollte der Bund für die Kosten aufkommen, die dadurch Länder und Kommunen entstehen. Ein entsprechender Vorschlag des bayerischen Innenministers Joachim Herrmann werde vom Plöner CDU-Kreisvorstand unterstützt, sagte CDU-Kreisvorsitzender Werner Kalinka nach einer Sitzung in Schwentental.



Schnellere Asylverfahren seien ohne Frage richtig. Der Bund selbst habe die Zielmarke von 3 Monaten gesetzt. Er müsse das zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) personell allerdings dann auch so ausstatten, dass dies realisiert werde. Geschehe dies nicht, sei es nur folgerichtig, dass dann der Bund für die finanziellen Folgen aufkomme. Derzeit liegt die durchschnittliche Asylverfahrensdauer bei mehr als 7 Monaten.

Das Ostufer – eine starke Region!

(20.01.2015) Ein vollbesetzter Saal, interessante politische Informationen, angeregte Gespräche - eine prächtige Stimmung kennzeichnete das diesjährige CDU-"Gespräch zum Neuen Jahr". CDU-Kreisvorsitzender Werner Kalinka ("Die CDU im Kreis ist eine diskutierende Partei, eine, die offen ist, die Gespräch und Dialog sucht") konnte im Heikendorfer "HSV"-Heim knapp 200 Gäste begrüßen, darunter eine große Zahl von Repräsentanten aus Wirtschaft, Gesellschaft, Politik, Vereinen und Verbänden.

Der Heikendorfer Bürgermeister Alexander Orth (SPD) sprach sich in seinem Grußwort gegen die Stadtregionalbahn (SRB) aus. Er plädierte für flexible Verbindungen durch Rufbussysteme. Dieses Modell hatten er und Werner Kalinka jüngst vorgestellt. CDU-Fraktionsvorsitzender Thomas Hansen unterstützte die Aussagen und skizzierte die Initiativen der CDU-Kreistagsfraktion vor allem in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, im Schul- und Kulturbereich, für den Sport, Vereine und Verbände.

"Alle drei Gemeinden im Amt sind deutlich auf Wachstum ausgerichtet", so Amtsvorsteher Eckhard Jensen in seiner eindrucksvollen Rede. Man werde mit einem Amtsentwicklungskonzept und einem KiTa- und Schulkonzept weiter "das Heft des Handelns in die Hand" nehmen. Schon jetzt gebe es in Heikendorf, Mönkeberg und Schönkirchen 600 KiTa-Plätze. Weitere 50 seien in Planung. Für KiTa´s und Schulen würden seitens der drei Gemeinden rd. 6,45 Mio. Euro aufgewendet.

Für die Attraktivität des Amtes und der Region seien mehrere Faktoren entscheidend: Angemessene Grundstückspreise, Arbeitsplätze, KiTa´s und Schulen, die B 502, der ÖPNV, Seniorenbetreuung, Freizeiteinrichtungen, die Nahversorgung, Naherholung und ein gesicherter Brandschutz. Dieser sei gerade für eine Gemeinde wie Schönkirchen mit einem großen Gewerbegebiet ein wichtiger Faktor.

Eine klare Absage erteilte Jensen Kieler Eingemeinde-Überlegungen. Und fügte hinzu: "Es ist schon mehr als merkwürdig, wenn von Kooperationen gesprochen, in Wirklichkeit aber Eingemeindungen gemeint sind. Dagegen werden wir uns mit aller Kraft wehren, und wir erwarten dabei die Unterstützung aller Fraktionen im Kreistag." Beim diesjährigen Neujahrsempfang der Gemeinde Schönkirchen hatte der Kieler Oberbürgermeister Ulf Kämpfer (SPD) gesagt, der Weg Richtung Kiel stehe für Schönkirchen offen, wenn es von dort nicht zu einer Fusion mit Mönkeberg komme.

In seinem Schlusswort bat der Heikendorfer CDU-Ortsvorsitzende Tade Peetz auch im Namen von Werner Kalinka und Thomas Hansen um eine Spende für die Preetzer Tafel. Mehrere gefüllte Spendendosen waren der Tafel gestohlen worden. Mit einem tollen Ergebnis: Eine Summe von 505,80 Euro konnte der Preetzer Bürgervorsteher Hans-Jürgen Gärtner vermelden, nachdem er gemeinsam mit Simon Bussenius und Ulrike Michaelsen mit dem Sektkübel durch die Besucherreihen gegangen war. Für die Preetzer Tafel bedankte sich Rolf Kostrzewa mit herzlichen Worten für die Unterstützung.

Ausgerechnet bei denjenigen, die es am Nötigsten haben, waren Diebe unterwegs und hatten der Preetzer Tafel Spendenbüchsen samt Inhalt entwendet. Beim "Gespräch zum Neuen Jahr" der Kreis-CDU in Heikendorf baten Gastgeber Werner Kalinka, Thomas Hansen und Tade Peetz um eine kleine Spende, um den Verlust auszugleichen. Mit einem tollen Ergebnis: Eine Summe

von 505,80 Euro konnte der Preetzer Bürgervorsteher Hans-Jürgen Gärtner vermelden, nachdem er gemeinsam mit Simon Bussenius und Ulrike Michaelsen mit dem Sektkübel durch die Besucherreihen gegangen war. Für die Preetzer Tafel bedankte sich Rolf Kostrzewa mit herzlichen Worten für die Unterstützung.



Unternehmensverband und CDU: Viel Übereinstimmung

(20.01.2015) Ein hohes Maß an Übereinstimmung haben der Unternehmensverband Ostholstein-Plön e.V. (UV) und der CDU-Kreisverband bei einem Gedankenaustausch in Plön verzeichnet. "Für den Kreis Plön ist nicht nur Kiel ein Partner, sondern auch Ostholstein. Eine einseitige Kiel-Fixierung des Kreises Plön wäre nicht sachgerecht", so UV-Vorstandsvorsitzender Werner Süß und CDU-Kreisvorsitzender Werner Kalinka. Es gebe zwischen den beiden Landkreisen eine Vielzahl gemeinsam berührender Themen und Interessen.



CDU-Kreisvorstandsmitglied Malte Schildknecht, UV-Vorstandsvorsitzender Werner Süß, UV-Geschäftsführer Eberhard Rauch, CDU-Kreisvorsitzender Werner Kalinka; Foto: André Jagusch

Gute Nachbarschaft zwischen Kiel und dem Kreis müsse im Übrigen durch die Landeshauptstadt nicht nur erklärt, sondern auch praktiziert werden, sagten beide mit Blick auf das Beispiel Ostseepark Schwentinental.: "Wir haben die besondere Situation der beiden Zentren Kiel und Lübeck mit ihren Umlandgemeinden in den Kreisen Plön und Ostholstein im Blick und kümmern uns um die Interessen der dort ansässigen Wirtschaft", ergänzt UV-Geschäftsführer Eberhard Rauch.

Voraussetzung für Mobilität sei vor allem ein gut ausgebautes und intaktes Straßennetz. Man war sich einig, dass eine Stadtregionalbahn (SRB) keine wirtschaftliche Verbesserung für die Region mit sich bringen würde.

Wichtig sei, dass der Konsolidierungs-Kurs bei den öffentlichen Haushalten fortgesetzt oder zumindest eingeleitet werde. Solide und nachhaltige Finanzpolitik sei für die Wirtschaft von größter Bedeutung. Die Verschuldung Kiels gehe auf die 1 Mrd.-Euro-Grenze zu. Kiel sei auf dem Weg zu negativem Eigenkapital, so Süß. Kalinka und Süß: "Bevor man dem Umland Ratschläge erteilt, sollte man erst mal zu Hause zumindest die wichtigsten Probleme angehen."

Der Unternehmensverband und der CDU-Kreisverband vereinbarten, den Gedankenaustausch fortzusetzen. Relevante Themen seien die Rahmenbedingungen für die heimische Wirtschaft, die seit Jahren ständige Steigerung der Strompreise, die ständig wachsende Flut an Vorschriften, die vor allem die kleineren Betriebe belastete, die Arbeitsschutzbedingungen, sowie eine Realisierung und Förderung des Breitbandausbaus, bei dem auch vor allem Bund und Land gefordert seien.

CDU: U-3-Fördermittel-Verteilung von uns nicht beschlossen

(13.01.2015) "Im Kreistag hat es über die U-3-Fördermittel eine kontroverse Entscheidung gegeben. CDU- und FDP-Kreistagsfraktion haben bei der Sitzung am 3. Juli 2014 gegen die Vorlage der Kreisverwaltung gestimmt", so CDU-Fraktionsvorsitzender Thomas Hansen: "Wir können die Kritik der Gemeinden (KN vom 12. Januar 2015) gut verstehen."

Schon damals habe sich abgezeichnet, dass die Landeszuschüsse zu gering seien. Hansen: "Die Landesregierung ist in der Pflicht, ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen, so dass die Betriebskosten gedeckt werden können. Die derzeitige Finanzierung ist für die Gemeinden und Städte nicht ausreichend."

In der Kreistagssitzung vom 3. Juli 2014 habe die SPD/Grünen/FWG-Koalition die Verwaltungsvorlage ohne ernsthafte Bereitschaft zur intensiven Diskussion durchgezogen. Seinerzeit habe die UWG-Kreis Plön Fraktion - unterstützt von CDU und FDP - beantragt, die Verwaltungsvorlage in den Jugendhilfeausschuss und in den Finanzausschuss zurückzuverweisen, um sie erneut zu erörtern. Auch, weil sie nur schwer nachvollziehbar gewesen sei. Eine vertiefte Beratung habe die SPD/Grüne/FWG-Koalition abgelehnt. Hansen: "Ein weiteres Beispiel, wie im Kreistag von der SPD/Grünen/FWG-Koalition falsch agiert wird."

Kämpfer auf SPD-Werbetour für eine Gebietsreform

(06.01.2015) Der Kieler Oberbürgermeister Ulf Kämpfer und die SPD nehmen Kurs auf eine Gebietsreform-Debatte. Anders seien Kämpfers Worte auf dem Schönkirchener Neujahrsempfang nicht zu verstehen, nach denen Kiel "bereit" stehe, "wenn die Fusion mit Mönkeberg nicht klappt".

CDU-Pressesprecher Tade Peetz: "Jetzt sollten alle höchst hellhörig werden. Die SPD-Werbetour für eine Gebietsreform hat begonnen. Kämpfer und die SPD sprechen von mehr Kooperation und meinen im Kern Fusionen. Jetzt wird von Seiten der SPD das nächste Fass aufgemacht."

Der Kreis Plön habe schon einen sehr hohen Preis allein für die bisherigen Kieler Kooperations-Vorstellungen gezahlt. So seien beispielsweise Polizei-Planstellen zu Gunsten Kiels aus dem Kreis Plön verlagert worden.

"Über den Preis, den eine Gemeinde zu zahlen hätte, wenn sie nach Kiel geht, muss sich jeder bewusst sein: Es wäre der Verlust der Eigenständigkeit, der Verlust der Bürgernähe und der Verlust der Selbstverwaltung. Die CDU lehnt dies entschieden ab", so Peetz.

Und das Gemeinde-Geld würde in den großen Kieler Schulden-Topf gehen, der sich inzwischen auf fast 1 Mrd. Euro angehäuft habe. Der CDU-Sprecher: "Wohl kein Zufall, dass Kämpfer gerade in Schönkirchen das Angebot zu einem Zusammengehen gemacht hat. Er schielt nach den guten Schönkirchener Gewerbesteuer-Einnahmen."

Grundschulen im Kreis Plön lehnen Bildungsexperimente ab

(20.12.2014) 19 der 21 Grundschulen im Kreis Plön haben sich für die Beibehaltung der Notenzeugnisse ab Jahrgangsstufe 3 mit verbaler Ergänzung ausgesprochen. Dies geht aus einer Kleinen Anfrage der CDU-Landtagsabgeordneten Heike Franzen hervor. Die Schulkonferenzen hatten dies in den letzten Monaten jeweils so entschieden. Nur die Grundschule der Friedrich-Ebert-Schule in Preetz will erst in der 4. Klasse Notenzeugnisse erteilen und lediglich die Grundschule Schwartbuck will zukünftig nur auf Textaster setzen.

"Die Bildungsexperimente der Landesregierung werden von den Betroffenen landesweit abgelehnt. In keinem anderen Kreis ist das Votum der Eltern und Lehrkräfte jedoch so eindeutig wie im Kreis Plön. Schüler, Eltern und Lehrkräfte sind Veränderungen in den Schulen überdrüssig und nicht mehr gewillt, den Kurs von Rot-Grün und SSW mitzugehen", so der bildungspolitische Sprecher der CDU-Kreistagsfraktion Tade Peetz.

Mit Änderung der Landesverordnung über Grundschule konnten die Schulkonferenzen beschließen, dass in den Jahrgangsstufen 3 und 4 oder nur in der Jahrgangsstufe 4 Notenzeugnisse mit verbaler Ergänzung zur Entwicklung der Sach-, Methoden-, Sozial- und Selbstkompetenz erteilt werden.

NEIN zu 380 Millionen € für die SRB

(13.12.2014) SPD/Grüne/Wählergemeinschaften/Linke haben im Plöner Kreistag den Einstieg in die Stadtreionalbahn (SRB) beschlossen. Geschätzte SRB-Kosten: 380 Mio.€. CDU und FDP: Ein klares NEIN. Weder finanzierbar noch notwendig. In Kiel haben SPD/Grünen/SSW gleichfalls die SRB-Ampeln auf grün gestellt. Am gleichen Tag wurde der Haushalt 2015 in der Ratsversammlung verabschiedet. Defizit 2015: rd. 53 Mio.€. Pro Tag muss Kiel 56 000 € nur für Zinsen aufbringen. Die Gesamt-Schulden der Stadt gehen auf 1 Milliarde € (!) zu. Da kann man sich ja auch noch eine SRB leisten

„Kalte Progression“ - Erfolgreiche Initiative des CDU-Kreisvorstandes

(09.12.2014) Schon früh beteiligte sich der Plöner CDU-Kreisvorstand an der Diskussion um die "Kalte Progression". Am 21. August 2014 beschloss er, eine Minderung der "Kalten Progression" zu befürworten. Der stellv. CDU-Kreisvorsitzende Thomas Hansen damals zur Begründung: Eine Korrektur im Steuerrecht sei notwendig, weil durch die "Kalte Progression" Steuerzahler inzwischen in nennenswertem Umfang zu hoch belastet würden. CDU-Kreisvorsitzender Werner Kalinka nannte als Ziel, dass "die Veränderungen spätestens 2017 in Kraft treten können."

Für den CDU-Landesausschuss am 29. September 2014 brachten der CDU-Kreisverband Plön wie die Wirtschafts- und Mittelstandsvereinigung (MIT), unterstützt vom Arbeitnehmerflügel CDA, einen entsprechenden Antrag an. Er fand dort nach intensiver Debatte eine große Mehrheit. Maßgabe war, zum Bundesparteitag im Dezember 2014 einen Antrag zu stellen.

Jetzt ist klar, dass die Initiative auch auf CDU-Bundesebene breit getragen wird. Auf dem laufenden CDU-Bundesparteitag in Köln soll ein entsprechender Beschluss gefasst werden. Antragsteller waren u.a. der Wirtschafts- und Sozialflügel und die CDU Schleswig-Holstein.

CDU-Kreisvorsitzender Werner Kalinka: "Damit wird eine erhebliche Steuergerechtigkeit beseitigt. Wer mehr leistet und mehr verdient, wird dafür künftig steuerlich nicht mehr bestraft."

Hier war eine Meinungsbildung von "unten nach oben" erfolgreich. Unser Kreisverband gehörte zu den frühen Initiatoren."

CDU im Kreis Plön: Wir brauchen ein Totalverbot von Fracking

(04.12.2014) Die CDU im Kreis Plön fordert ein Totalverbot von Fracking in Schleswig-Holstein. Ihre Kritik richtet sich dabei vor allem in Richtung des schleswig-holsteinischen Umweltministers Robert Habeck (Grüne). Habeck ermögliche mit den schleswig-holsteinischen Bundesratsinitiativen weiterhin Fracking mit so genannten "nichtwassergefährdenden Substanzen".

"In allen drei Bundesratsinitiativen wird der Schwerpunkt auf das Verbot von Fracking mit umwelttoxischen Flüssigkeiten gelegt, das kann uns keinesfalls reichen. Die Verpressung des freigesetzten Lagerstättenwassers birgt aus unserer Sicht unabschätzbare Risiken für Mensch und Umwelt", so CDU-Pressesprecher Tade Peetz.

Lagerstättenwasser ist z.B. im Fall Prasdorf sog. Porenwasser des Doggersandsteins, das über geologische Zeiten hinweg keinen Kontakt mit der Atmosphäre hatte. Hohe Drücke und Temperaturen der tiefen Lagerstätten führen dazu, dass diese Lagerstättenwässer hochmineralisiert und ggf. radioaktiv sind.

"Das Lagerstättenwasser ist daher als wassergefährdender Stoff zu betrachten und dementsprechend zu behandeln. Die Lagerstättenwasser-Problematik wird gerne verschwiegen, obwohl es sich dabei um gefährliche gelöste Stoffe handelt, die einfach wieder in ausgediente Erdgaslagerstätten verpresst werden", so die umweltpolitische Sprecherin der Plöner Kreis-CDU, Dr. Regine Nierdermeier-Lange.

Peetz: "Wenn Minister Habeck selbst auf der Anti-Fracking-Demo in Prasdorf im August 2014 einräumt, es gäbe kein ‚Clean-Fracking‘, dann wundert es sehr, dass seine Bundesratsinitiativen dezidiert auf den Einsatz der chemischen Substanzen für das Fracking abheben."

Erfolge für CDU-Kreisverband auf Landesebene

(17.11.2014) Erfolg für die CDU im Kreis Plön auf dem CDU-Landesparteitag: Das von ihr unterstützte CDA-Papier zum Thema Volkspartei CDU Schleswig-Holstein ist Bestandteil der weiteren Beratungen der CDU Schleswig-Holstein. Dies beschloss der CDU-Landesparteitag am Wochenende in Neumünster. Werner Kalinka hatte den Antrag dort begründet. Der Plöner CDU-Kreisvorstand hatte am 21. August beschlossen, die Vorschläge zu unterstützen.

Auch die drei Anträge "Polizeiplanstellen und Polizeipräsenz in Schleswig-Holstein nicht abbauen", "Landesentwicklungsplan 2010-2025" und "Asylverfahren" wurden beschlossen.

CDU-Kreisvorsitzender Werner Kalinka: "Nach unserem Antrag auf dem CDU-Landesausschuss, der am 29. September 2014 den Abbau der "Kalten Progression" empfahl, sind dies weitere inhaltliche Initiativen, für die wir uns erfolgreich engagiert haben."

CDU-Initiativen im Kulturausschuss erfolgreich

(13.11.2014) In seiner gestrigen Sitzung (12. November) stimmte der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport des Kreises Plön einstimmig für den Antrag der CDU-Fraktion, die Förderungen des Kunstvereins Schwimmhalle Plön, des Preetzer Kunstkreises und des Papiertheatertreffens der VHS Preetz für einen Zeitraum von 3 Jahren festzuschreiben. Weiterhin stimmten die Vertreter der CDU, der FWG und der FDP dafür, die Schwartbucker "Crown Hunter Pipes & Drums" bei der Anschaffung von dringend benötigten Instrumenten mit 1250 € zu unterstützen.

"Von dieser Sitzung geht ein starkes Signal für die Kulturförderung im Kreis Plön aus. Wir wertschätzen damit die kontinuierliche ehrenamtliche Arbeit, die in diesem Bereich geleistet wird und ermöglichen damit auch in Zeiten knapper Kassen ein Mindestmaß an Planungssicherheit für die Kulturschaffenden in unserer Region", so der kulturpolitische Sprecher der CDU-Kreistagsfraktion Tade Peetz.

Eine Stadtregionalbahn ist weder notwendig noch finanzierbar / Geheimverhandlungen hinter dem Rücken des Kreistages untragbar

(10.11.2014) CDU-Kreisvorsitzender Werner Kalinka und Fraktionsvorsitzender Thomas Hansen:

1. Eine Stadtregionalbahn (SRB) ist weder notwendig noch finanzierbar. Mindestens 380 Mio. Euro sind für die Baukosten zu veranschlagen. Neben einer Beteiligung daran kämen auf den Kreis Plön jährlich mehrere Millionen Euro laufende Betriebskosten hinzu. Allein für den Streckenabschnitt Kiel - Schönberg wird derzeit mit mindestens 1,7 Mio. Euro jährlichem Zuschussbedarf für die öffentliche Hand gerechnet.

2. Wie Kiels Ex-Oberbürgermeisterin Susanne Gaschke (SPD) zutreffend bemerkte, geht es bei der Stadtregionalbahn um ein grünes Lieblingsprojekt. Hier macht die SPD aber mit, da sie mit den Grünen im Land und im Kreis in einer Koalition steht. Es geht bei Rot-Grün beim Thema SRB weniger um die Sache als darum, knallhart ein langjähriges Ziel von Bündnis 90/ Die Grünen durchzusetzen.

3. Haushaltsmittel stehen auch für den ÖPNV nur begrenzt zur Verfügung. Straßensanierungen und der Bau von Radwegen sind bei Rot-Grün erkennbar kein Prioritäten-Thema. Finanzmittel dafür stehen entweder unzureichend oder gar nicht mehr zur Verfügung. Stattdessen soll das Geld in ein deutlich weniger notwendiges Bahnprojekt wie die SRB gehen.

4. Die Bahn ist im Gegensatz zum Bus keine flächendeckende Lösung für den ländlichen Raum.

Ohne Busse kämen viele Bürger gar nicht erst zu Bahn-Haltepunkten. Die CDU hat seit 2013 Initiativen und Anträge im Kreistag Plön gestartet, um den ÖPNV weiter zu verbessern. Sie wurden bislang von SPD/Grünen/FWG abgeblockt oder verzögert. Wir werden in der Dezember-Sitzung des Kreistages erneut entsprechende Anträge zur Entscheidung stellen.

5. Werden die Bahn-Pläne Wirklichkeit, sind Bürger und VKP deutliche Verlierer. Die sehr gut ausgelastete, schnelle und auch finanziell für die VKP wichtige Bus-Strecke Schönberg - Kiel würde ausgedünnt werden. Während der Bus 28 Haltepunkte bedient, hätte die Bahn 4. An mehreren einwohnerstarken Orten auf dem Ostufer würde die Bahn ohnehin vorbeifahren.

6. Durch die Landestraße von Kiel nach Schönberger Strand und die B 502 sind das Ostufer und die Probstei nach Kiel schon jetzt und seit langem verkehrlich gut angebunden.

7. Der Kreis Plön verliert durch die von SPD/Grünen/SSW im Land verordnete Neuordnung des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) rund 5 Millionen Euro. Gewinner sind die kreisfreien Städte, also auch Kiel. Kiel soll nach rot-grünem Willen rd. 5 Mio. Euro Kosten (70%) für den 1. Planungsschritt für die SRB finanzieren. Was seitens Kiel und rot-grün als "großzügig" dargestellt wird, ist in Wirklichkeit eine vorherige stille Umverteilung zu Lasten des Kreises Plön.

8. Der Kreis Plön kann keine Finanzierung für andere Kommunen übernehmen. Dies gilt auch für Kiel. Finanztransfers für im Kieler Interesse stehende Projekte wären mit den Grundsätzen verantwortungsvollen finanziellen Handelns eines Kreises nicht vereinbar. Die Kreiskasse ist im Übrigen nicht dafür da, rot-grüne Prestigeprojekte zu finanzieren.

9. Nach dem Willen von SPD/Grünen/ FWG soll aus Steuergeld (lt. Vereinbarung Teil der "Planungskosten") eine breit angelegte "Informationskampagne" zur SRB gestartet werden. Dies ist der Versuch einer Bürgerbeeinflussung mit Steuergeld.

10. Wir haben mit Interesse gelesen, dass in Kiel eine Bürgerbeteiligung in absehbarer Zeit vorgesehen ist, in den Kreisen Plön und Rendsburg-Eckernförde soll diese aber erst frühestens etwa 2020, wenn nach dem rot-grünen Willen schon der erste Spatenstich erfolgt ist, stattfinden. Wir stellen uns eine faire Bürgerbeteiligung anders vor, unser demokratisches Verständnis sieht anders aus und wir behalten uns entsprechende Initiativen vor.

11. Seit Beginn der Koalition von SPD/Grünen/FWG im Juni 2013 ist deutlich, dass es ihnen allein um die Durchsetzung ihrer Ziele geht. Solch eine Form der Machtpolitik hat es zuvor im Plöner Kreistag nicht gegeben. Es ist unglaublich, dass Rot-Grün/FWG seit einem Jahr über die SRB hinter dem Rücken des Kreistages verhandelt hat. Diese Art von Geheimpolitik ist mit Transparenz und fairem, pfleglichem Verständnis kommunaler Arbeit nicht vereinbar.

12. "Die LVS (Landesverkehrsgesellschaft) soll die Koordinierung des Planungsprozesses auf vertraglicher Basis mit den beteiligten Gebietskörperschaften und dem Land übernehmen", so die am 7. November 2014 in Kiel vorgestellte "Vereinbarung". Damit soll sichergestellt werden, dass "wackelige" rot-grüne Mehrheiten im Kreistag bedeutungslos werden und der Prozess über die vom Land gesteuerte LVS erfolgen kann. Wirtschaftsminister Meyer (SPD) wird sich dazu äußern müssen, ob er und/oder sein Haus - an den legitimierten Kreis-Gremien vorbei - seit geraumer Zeit

mit der Plöner SPD/Grünen/FWG-Koalition zum Thema SRB-Planungen in Kontakt standen.

Breitbandausbau: Finanzmittel des Bundes würden helfen

(26.10.2014) Nachdem u.a. die SPD-Kreistagsfraktion die Initiative der CDU im Kreis Plön aus dem Januar 2014, die den Breitbandausbau als strukturstrategischen Schwerpunkt festlegen wollte, bis in den Sommer verzögert hatte, sehen der Probsteierhagener SPD-Ortsverein und die Bundestagsabgeordnete Malecha-Nissen dieses Thema nun offenbar als einen Schwerpunkt an.

"Leider ergibt sich dadurch nicht viel Neues. Eine wichtige Hilfe für den Breitbandausbau wären mehr Mittel des Bundes. Konkret müsste der Bund sich an Investitionskosten beteiligen. Dies würde den Kommunen wirkungsvoll helfen", so CDU-Pressesprecher Tade Peetz.

Auch die Reaktion der Landesebene sei für die Kommunen unbefriedigend.

Peetz: "Die Aufstockung des Personals im Breitbandkompetenzzentrum und ein Marketingkonzept werden einer ländlichen Kommune in der Regel nicht entscheidend helfen, ihren Bürgern den Anschluss an eine zukunftsfähige Technologie zu ermöglichen. Die bislang für die nächsten Jahren vorgesehenen Landesmittel sind jedenfalls nicht ausreichend."

Das auf der SPD-Veranstaltung in Probsteierhagen vorgestellte Modell der "Breitbandgesellschaft Nordfriesland" sei zwar durchaus interessant, böte allerdings angesichts der wirtschaftsstrukturellen Verschiedenheiten der Regionen allenfalls eine Nischenlösung.

"Wenn Bund und Land erkennen, dass ‚der Markt‘ allein die Versorgung nicht regeln wird, müssen sie – wie einst bei der Schaffung der Stromversorgung – finanziell vor Ort helfen", so Peetz.

Längere Verweildauer von Asylsuchenden in Neumünster vernünftig

(23.10.2014) Als "vernünftig" hat es der CDU-Kreisvorsitzende Werner Kalinka bezeichnet, dass Asylbewerber nach Meinung des Innenministers künftig länger in der Erstaufnahmeunterkunft in Neumünster bleiben und dort besser auf ihre Zeit in Städten und Gemeinden vorbereitet werden sollten. Kalinka: "Wenn es gelingt, die dortige Verweildauer auf fünf oder sechs Wochen zu verlängern, wäre dies gut, um sich ein besseres Bild über die persönliche, familiäre und gesundheitliche Situation der Asylbewerber machen zu können. Dies würde auch sehr helfen, auf individuelle Aspekte bei der Zuteilung von Wohnraum in Städten und Gemeinden besser eingehen zu können."

Kalinka hatte Anregungen dazu im September 2014 gegenüber dem damaligen Innenminister

Andreas Breitner gegeben. Dieser hatte danach bei einem Besuch in Plön grünes Licht signalisiert.

CDU: Zum Thema Schwimmhalle Laboe ins Gespräch kommen

(29.09.2014) Der CDU-Kreisvorsitzende Werner Kalinka, die stellv. Kreisvorsitzende Hildegard Mersmann (Schönkirchen/Mönkeberg), die CDU-Kreisvorstandsmitglieder Helga Jessen, Dr. Philipp Murmann MdB und Tade Peetz (Heikendorf), Claudia Petersen (Schönberg), der Laboer CDU-Ortsvorsitzende Hans-Helmut Lucht, der Schönkirchener CDU-Fraktionsvorsitzende Eckhard Jensen und der Probsteier Kreistagsabgeordnete Dieter Arp:

"Die Schwimmhalle in Laboe wird von Bürgern geschätzt, weil sie sie für die Freizeit, den Tourismus, die Schulen, den Sport und die DLRG als wichtig betrachten. Die Gemeinde Laboe, mit hohen finanziellen Verbindlichkeiten belastet, sieht sich nicht mehr in der Lage, ein jährliches Defizit von mehr als 500 000 Euro zu tragen. Hinzu kommen Ausgaben für anstehende Investitionen.

Zu prüfen ist, ob der Weiterbetrieb der Schwimmhalle als eine regionale Gemeinschaftsaufgabe möglich ist. Dazu sollten sich Laboe und die Ämter Probstei und Schrevenborn (bzw. einzelne Gemeinden) an einen Tisch setzen. Dabei müsste es auch um eine finanzielle Lastenverteilung gehen, die aus Laboer Sicht tragbar wäre. Man könnte sich beispielsweise vorstellen, einen Zweckverband zu gründen.

Auch ist abzuklären, welchen Beitrag die Initiative zur Erhaltung der Schwimmhalle finanziell und / oder ehrenamtlich einbringen kann.

Der Probsteier Amtsdirektor Sönke Körber hat einen Vorstoß in die richtige Richtung gemacht. Die CDU unterstützt Initiativen, die zum (erneuten) Gespräch beim Thema Schwimmhalle Laboe führen und die zumindest die Möglichkeit eröffnen, eine Chance auf Realisierung zu haben.

Jetzt heißt es, zügig zu agieren. Der Bürgerentscheid hat einen Zeitraum von maximal zwei Jahren für eine Lösung eröffnet. Dies bedeutet, dass eine solche in 2015 auf den Weg gebracht werden müsste. Alle in Frage kommenden Akteure müssen schnellstmöglich ins Gespräch kommen. Die CDU ist dazu bereit."

Hansen: Grüne sollen Dauer-Genörgel zur Erntekrone einstellen

(19.09.2014) Mit der CDU wird es keine Veränderungen hinsichtlich der Übergabe der Erntekrone im Kreistagssitzungssaal geben. Dies habe die Kreistagsfraktion am 9. September 2014 einstimmig beschlossen, teilte Fraktionsvorsitzender Thomas Hansen mit.

Hansen: "Es gibt überhaupt keinen Grund, diese schöne, die Arbeit der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes würdigende Tradition zu verändern. Die Landfrauen binden die Krone mit viel Engagement und Fleiß. Es steht dem Kreistag gut an, Dank zu sagen."

Hansen fordert die Grünen auf, ihr seit Jahren angesetztes "Dauer-Genörgel" zur Erntekrone einzustellen. Dies sei nur noch peinlich. Es mache dem aufmerksamen Beobachter allerdings auch sehr deutlich, wie ideologisch geprägt ihre Haltung zu bestimmten Themen nach wie vor sei.

SPD-Fraktionsvorsitzender Lutz Schlüsen unterstütze die Grünen beim Thema Erntekrone, sagte Hansen. Er solle jetzt nicht so tun, als sei er der Vermittler. Hansen: "Wie auch ansonsten seit der Kommunalwahl 2013 ist es auch bei der Erntekrone so: Grüne und SPD ziehen an einem Strang. Jedenfalls gilt dies für Schlüsen. Ob alle bei der SPD mitziehen, werden wir sehen."

Wende-Rücktritt hinterlässt einige Baustellen in Kreisen und Kommunen

(17.09.2014) Nach Ansicht der Plöner Kreis-CDU warten auf die neue Bildungsministerin Britta Ernst (SPD) neben den Problemen der Bildungspolitik im Land auch auf kommunaler Ebene einige ungelöste Fragen.

"Frau Wende hinterlässt ihrer Nachfolgerin den ungelösten Konflikt zwischen dem gültigen Schulgesetz und dem Landessozialgerichtsurteil um die Finanzierungszuständigkeit der Schulbegleiter. Die geltende Vereinbarung zwischen Land und Städte- und Landkreistag läuft schon im kommenden Jahr aus", mahnt der bildungspolitische Sprecher der CDU, Tade Peetz.

Zudem müssten die Schulträger aus Sicht der CDU bei baulichen Veränderungen bedingt durch Inklusionsmaßnahmen verlässlich vom Land unterstützt werden. Es liege nun in der Verantwortung von Bildungsministerin Ernst, der kommunalen Ebene entgegen zu kommen.

Peetz: "Wenn Ministerin Ernst wie angekündigt die Politik ihrer Vorgängerin weiterführen will, wird sie spätestens bei dem vor knapp drei Wochen angekündigten Thema ‚Schulassistenten‘ mit Widerstand aus der kommunalen Familie zu rechnen haben. Hierbei kann es sich nur um eine Landesaufgabe handeln und nicht eine weitere, die den Schulträgern aufgebürdet wird."

Förderverträge mit der Kreisvolkshochschule und dem Kreisjugendring werden verlängert / Erster Vertrag 2004 mit dem Kreissportverband geschlossen / CDU-Initiative



(08.09.2014) Über die Themen Stadtregionalbahn, Verbesserung der Busverbindungen und ÖPNV, Asylbewerber mit den Auswirkungen auf den Kreis und die Kommunen hat der Vorstand der CDU-Kreistagsfraktion in der Geschäftsstelle in Plön beraten. Zudem stand die Vorbereitung der am 25. September 2014 stattfindenden Kreistagssitzung auf der Tagesordnung. Die Kreistagsfraktion kommt dazu am 9. September zusammen.

Im Kreistag steht der Abschluss neuer dreijähriger Förderverträge mit der Kreisvolkshochschule und mit dem Kreisjugendring zur Abstimmung. Die CDU unterstützt die Verträge, die Planungssicherheit für die Arbeit geben.

Der 1. diesbezügliche Vertrag wurde 2004 mit dem Kreissportverband abgeschlossen und seither immer wieder verlängert, andere Verbände / Organisationen folgten. Es war die CDU-Kreistagsfraktion, die damals diese für Vereine und Verbände bedeutsame Weichenstellung auf den Weg brachte.

Wendes Inklusionskonzept: Eine wohlklingende Stichwortsammlung

(28.08.2014) Das mit einiger Spannung erwartete Inklusionspapier der Bildungsministerin Prof. Waltraud Wende ist aus Sicht der CDU im Kreis Plön im Ergebnis enttäuschend.

"Nicht nur, dass der Konflikt zwischen dem Schulgesetz und dem Landessozialgerichtsurteil um

die Finanzierungszuständigkeit der Schulbegleiter durch das Wende-Papier nicht gelöst wird: mit den geplanten ‚Schulassistenten‘ wird ein weiteres Fass zwischen Land und kommunaler Familie aufgemacht, denn diese Strukturen werden zeitweise parallel bestehen“, so der bildungspolitische Sprecher der Plöner Kreis-CDU Tade Peetz.

Das Papier suggeriere weiterhin, dass die verbesserte Finanzierung der Schulsozialarbeit ein Entgegenkommen der Landesregierung sei. Peetz: "Mitnichten: rund 50 Millionen Euro fließen vom Bund pro Jahr nach Schleswig-Holstein, von denen das Land fast 40 Millionen Euro für sich abzweigt, anstatt diese Gelder vollständig an die Kommunen weiterzuleiten."

Die bereits vor zwei Jahren von Peetz und dem CDU-Kreistagsfraktionschef Thomas Hansen aufgestellte Forderung nach einer zweiten Schulpsychologenstelle im Kreis wird nach dem Papier wohl erfüllt werden, Peetz relativiert jedoch: "Diese Stelle wird aus dem Lehrerkontingent abgezogen. Für uns kommt nur eine Stelle ‚on top‘ in Frage."

Aus Sicht der CDU im Kreis Plön bleiben nach diesem Papier mehr Fragen als Antworten, das "Inklusionskonzept" bleibe eine wohlklingende Stichwortsammlung.

Beschluss des CDU-Kreisvorstandes: „Kalte Progression“ abbauen

(22.08.2014) Der CDU-Kreisvorstand Plön befürwortet eine Minderung der "Kalten Progression". Einen entsprechenden Beschluss fasste er auf seiner Sitzung in Schwentimental bei einer Enthaltung einstimmig.

Der stellvertretende CDU-Kreisvorsitzende Thomas Hansen sagte, eine Korrektur sei notwendig. Durch die "Kalte Progression" würden Steuerzahler in nennenswertem Umfang inzwischen zu hoch belastet. Es gelte, diesen schleichenden Prozess zu stoppen.

In dem Antrag wird die CDU Schleswig-Holstein aufgefordert, zum CDU-Bundesparteitag im Dezember 2014 folgenden Antrag zu stellen:

- Den Grundfreibetrag und den Eingangssteuersatz regelmäßig an der Inflationsentwicklung zu orientieren;
- Den progressiven Tarifverlauf der Einkommensteuer und den Spitzensteuersatz-Eckwert entsprechend nach oben zu verschieben.

Hansen: "Beim Abbau der "Kalten Progression" geht es darum, dass der progressive Steuertarif bisher nicht an die Steigerungen der Durchschnittseinkommen oder auch nur der Inflation angepasst wird. Der Staat erzielt dadurch immer höhere Steuereinnahmen, ohne formal die Steuern erhöhen zu müssen, weil die "Kalte Progression" bereits in den Steuertarif eingebaut ist. Dies ist ungerecht und muss geändert werden."

Der Antrag wird zum CDU-Landesparteitag am 15. November 2014 gestellt und zur vorherigen Sitzung des CDU-Landesausschusses Ende September, sofern das Thema dort bereits erörtert wird.

CDU-Kreisvorsitzender Werner Kalinka: "Wir beziehen auch zu diesem Thema klar Position und bringen uns in die Debatte ein. Ziel ist, dass noch in der laufenden Wahlperiode des Bundestages so beschlossen wird, dass die Veränderungen spätestens 2017 in Kraft treten können."

Fracking: SPD und Habeck nicht konsequent

(16.08.2014) "Die Linie von SPD und Grünen-Minister Dr. Habeck zum Thema Fracking ist nicht konsequent. Sie bekunden zwar, alles gegen Fracking tun zu wollen, lassen es aber an der Entschlossenheit mangeln, entsprechend zu handeln", so der CDU-Kreisvorsitzende Werner Kalinka und die umweltpolitische CDU-Sprecherin Dr. Regine Niedermeier-Lange.

Ein Fracking-Verbot aus wasserrechtlichen Gründen wie in Bayern sei eine klare zielführende Position. Kalinka: "Warum gehen Dr. Habeck und die Landesregierung nicht auch diesen Weg? Es ist doch in keiner Weise überzeugend, wenn Habeck darauf antwortet, dann könnten die Kreise verklagt werden. Diese würden sich des Themas schon annehmen. Willkommen wäre natürlich die vorbehaltlose Unterstützung der Landesregierung. Das Habeck-Moratorium ist keine Sicherheit gegen Fracking."

Dr. Regine Niedermeier-Lange: "Und auch die Position der SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Birgit Malecha-Nissen ist offenbar nicht mehr so klar wie vor einem Jahr, als sie noch im Kreistag saß. Auf den aus Niedersachsen kommenden SPD-Chef Gabriel und das SPD-Grünen-regierte Niedersachsen muss wohl Rücksicht genommen werden."

Kalinka und Dr. Niedermeier-Lange erinnern daran, dass der Plöner Kreistag sich im April 2013 einstimmig gegen Fracking ausgesprochen habe. Im Dezember 2013 sei die SPD/Grünen/FWG-Koalition im Kreistag mit ihrem Antrag am Widerstand von CDU, FDP, UWG und den Linken gescheitert, die vorherige Kreis-Position aufzuweichen. Der damalige Versuch werde angesichts der aktuellen Positionierung immer interessanter. Es sei erkennbar, dass man der SPD im Bund und Minister Habeck den Rücken freier halten wolle.

Die CDU-Politiker: "Das kann es nicht sein. Die Lebens- und Umweltinteressen bei uns in den Gemeinden und im Kreis sind eindeutig wichtiger als Grünen- und SPD-Probleme nach oben."

Stabiler Arbeitsmarkt im Kreis Plön

(31.07.2014) "Die Arbeitslosigkeit im Kreis Plön bleibt auf erfreulich niedrigem Niveau", so CDU-Pressesprecher Tade Peetz.

Die Zahl von 451 gemeldeten Arbeitsstellen liege mit 82 über dem Angebot aus 2013. Auch dies zeige, dass der Arbeitsmarkt nicht nur stabil sei, sondern konkrete berufliche Chancen für Arbeitssuchende biete.

Mit einer Arbeitslosenquote von 5,6% liege man zudem deutlich unter dem Landesdurchschnitt von 6,7% und habe damit das viertbeste Ergebnis unter den Flächenkreisen.

"Die 3600 Arbeitslosen im Kreis Plön müssen trotz solcher erfreulichen Nachrichten weiter im Blickpunkt der Job-Center, der Politik und der Wirtschaft stehen, ebenso wie die Entwicklung der nichtbesetzten Ausbildungsstellen, von denen es derzeit 163 im Kreis gibt", so Peetz.

Salzau ist eine Bühne der Musik und Kultur

(30.07.2014) CDU-Kreisvorsitzender Werner Kalinka: "Ich kann nicht einschätzen, wie stichhaltig die Argumente der Landesregierung sind, den Investoren-Vertrag zu Salzau zu kündigen. Überraschend ist dies aber schon, denn das Finanzministerium sollte vor Abschluss eines solchen Vertrages alles Relevante erörtert und geprüft und in dem Vertrag geregelt haben.

Salzau wieder zu einer Bühne der Musik und Kultur zu machen, war und ist ein richtiger Weg. Auch deshalb sollte die Landesregierung noch einmal prüfen, ob es nicht doch einen künftigen Weg mit dem Investor und damit für dieses Konzept gibt.

Mit dem Namen Salzau verbindet sich auch das Schleswig-Holstein-Musikfestival. Salzau gehörte zu seinem Kern. Es hat unsere Region weit über unsere Grenzen bekannt gemacht. Als vor einiger Zeit Gäste aus Amerika bei uns waren, war es ihr besonderer Wunsch, Salzau zu sehen. Der Ort, der durch Leonard Bernstein auch in den Staaten bekannt wurde.

Sollte mit dem potentiellen Investor doch kein Einvernehmen mehr möglich sein, wäre es doch vielleicht nahe liegend, Salzau wieder in das Musikfestival zu integrieren. Salzau sollte verkauft werden, weil die Haushaltslage des Landes so dramatisch war. Diese hat sich inzwischen entspannt. Insoweit ist hier vielleicht neuer Spielraum gegeben.

Salzau weiter brach liegen zu lassen, wäre keine Lösung. Und eine allein an der Wirtschaftlichkeit orientierte Nutzung erscheint ohnehin sehr schwer."

Polizeiliche Ermittlungen: Die Diagnose am Schreibtisch reicht nicht

(24.07.2014) CDU-Kreisvorsitzender Werner Kalinka: "Wenn "einfache" Delikts-Fälle künftig nicht mehr von Polizeibeamten bearbeitet werden, bedeutet dies ein weiteres Weniger an Sicherheit in Schleswig-Holstein. Die Zahl der Polizeibeamten soll sinken, immer mehr Dienststellen werden aufgelöst - im Handeln einer Landesregierung sähe eine echte Priorität Sicherheit deutlich anders aus.

Bei "einfach gelagerten Fällen", so der Innenminister des Landes, sei es vertretbar, auf die Ermittlungsarbeit von Polizeibeamten zu verzichten. Dies überzeugt nicht. Die Diagnose am Schreibtisch reicht nicht. Was auf den ersten Blick einfach erscheinen mag, muss dies tatsächlich keinesfalls sein. Und: Wenn Täter wissen, dass gar nicht erst ermittelt wird, wenn sie nur gerissen genug vorgehen, ist dies die eindeutig falsche Botschaft.

Was bringt es finanziell, Tarifbeschäftigte statt Polizeibeamte mit diesen Ermittlungen zu betrauen? Kaum etwas. Viel sinnvoller wäre es, lebens- und berufserfahrenen älteren Polizeibeamten diese Arbeit zu übertragen und ihnen nach vielen Dienstjahren zu ersparen, auch noch den schweren Nacht- und Schichtdienst leisten zu müssen.

Schon jetzt gibt es viel Frust bei Bürgern, wenn sie bei Sachbeschädigungen, Einbrüchen oder Diebstählen nach gut drei Monaten die Mitteilung bekommen, die Ermittlungen würden eingestellt, weil sich ein Tatverdächtiger nicht habe ermitteln lassen. Nicht nur der Innenminister, sondern die gesamte Landesregierung sollte alles tun, dass sich dieser Trend nicht noch verstärkt.

In den polizeilichen und ministeriellen Ermittlungsbilanzen hören wir jährlich, wie erfolgreich die Polizei ist. Es dürfte angezeigt sein, sich künftig die Bilanzen genauer anzuschauen."

CDU gegen Streichung der Sportfördermittel

(26.06.2014) "Eine Streichung der Sportfördermittel lehnen wir ab", stellt der sportpolitische Sprecher der CDU, Hans-Jürgen Gärtner, zu dem Antrag der UWG (Unabhängige Wählergemeinschaft des Kreises) klar, die Sportfördermittel des Kreises in Höhe von 166.000 € zu streichen.

Der Sport sei gerade für die Kinder- und Jugendsozialarbeit von überragender Bedeutung. Würde es diese Förderung der Sportvereine nicht mehr geben, hätte die Streichung der Kreismittel zur Folge, dass über Beitragserhöhungen auch für Kinder und Jugendliche dieser Betrag kompensiert werden müsse. Hans-Jürgen Gärtner: "Diese Unterstützung der Vereine durch den Kreis zu streichen, wäre der völlig falsche Weg."

Die Bedeutung des Sports sei gerade für die junge Generation nicht hoch genug einzuschätzen. Der seit 2004 eingeschlagene Weg des Kreises habe für die Sportvereine eine verlässliche Basis geschaffen.

Bahnstrecke Kiel-Lübeck: 45 Millionen Euro Investitionskosten. Die Bahn kommt und fährt im Kreis Plön vorbei.

(18.06.2014) 45 Millionen Euro kostet die 2. Ausbaustufe auf der Bahnverbindung Kiel-Lübeck, so Bernhard Wewers von der Landesweiten Verkehrsservicegesellschaft (LVS). Die ab 2016 geplante neue Taktung zwischen Kiel und Lübeck wurde im Kreishaus vorgestellt. Der Wirtschaftsausschuss des Kreises Plön hatte eine entsprechende Anhörung angesetzt, an der neben Wewers sowohl Verkehrs-Staatssekretär Nägele als auch die unterschiedlichen Bürgerinitiativen und die betroffenen Bürgermeister aus Plön und Preetz teilnahmen.

Die geplante Taktung wird die bisherigen Verbindungen von Plön nach Kiel deutlich zu Ungunsten der Bewohner des Kreises Plön verändern. Insbesondere die Verbindung Plön-Preetz mit dem Haltepunkt Ascheberg würde verschlechtert. Aber auch Schwentimental würde Einschränkungen im zukünftigen Bahnverkehr hinnehmen müssen. Gerade Schüler und ältere Menschen würden davon betroffen sein. Der Regionalexpress von Kiel nach Lübeck wird nach den LVS- Plänen nur noch in Plön, Bad Malente-Gremsmühlen und Eutin halten.

Die Zuhörer äußerten ihren Unmut und verlangten verlässliche Zahlen von Wewers, der versuchte, die Vorteile der neuen Taktung hervorzuheben, indem er u.a. die erheblich reduzierte Fahrzeit von Lübeck nach Westerland betonte. Staatssekretär Nägele versicherte, dass die Haltepunkte der Regionalexpresses in Preetz und Bad Schwartau noch einmal geprüft werden, aber auch dass man bei der Verbindung nicht nur die Pendler berücksichtigen müsse.

"Dass die bisherigen Planungen ohne belastbare Passagierzahlen stattgefunden haben, ist schon erstaunlich", so Bernhard Ziarkowski, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Kreistagsfraktion. Wewers versprach konkrete Zahlen nachzuliefern, diese würden noch erstellt.

"Es geht offenbar nur darum die beiden Städte näher aneinanderzubinden, alle anderen Orte haben aber das Nachsehen. Man kann keine nachvollziehbaren Vorteile erkennen, die eine Investition in Höhe von 45 Millionen Euro rechtfertigen könnten. Es bleibt nur zu hoffen, dass bei der LVS und im Ministerium sich doch noch wirklichkeitsnähere Planungen durchsetzen", so Malte Schildknecht, finanzpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion.

"Kurzum: 45 Millionen Euro werden verbaut, um die Verbindungen im Kreisgebiet zu kappen und den ländlichen Raum abzuhängen, um eine Zeitersparnis von etwas mehr als 10 Minuten zwischen Kiel und Lübeck zu forcieren. Maßgabe der LVS ist es, mehr Menschen mit dem ÖPNV zu transportieren. Sollte sich die neue Taktung ohne Veränderung durchsetzen, verfehlt sie ganz klar ihr Ziel. Die Bahnverbindung wird unattraktiver", so Ziarkowski abschließend.

CDU: Gewerbegebiet in Preetz-Wakendorf fördern

(02.06.2014) Die CDU-Kreistagsfraktion begrüßt die Planung zur Erweiterung des Gewerbegebietes in Preetz-Wakendorf, so Fraktionsvorsitzender Thomas Hansen in einer Pressemitteilung. Es zeige sich, so Hansen weiter, dass sich wirtschaftliche Entwicklung entlang wichtiger Verkehrsverbindungen vollziehe. Die Ortsumgehung von Preetz in Verlauf der B76, von Bündnis 90/Die Grünen und anderen in den 90er Jahren vehement bekämpft, erweise sich heute als Glücksfall, so der CDU-Politiker.

Ferner werde die Wirtschaftsförderungsagentur des Kreises Plön mit dem Gewerbe- und Technikzentrum im Schwentinentaler Ortsteil Raisdorf ihrer Lotsenfunktion für Neuansiedlungen im Kreis Plön gerecht, so Hansen.

Die CDU-Kreistagsfraktion begrüßt die neue Haltung aus der Landeshauptstadt Kiel zur Entwicklung eines interkommunalen Gewerbegebietes in Preetz-Wakendorf. Sollte sich diese Haltung auch in der Kieler Ratsversammlung bestätigen, wäre dies ein Schritt in die richtige Richtung. Die CDU-Kreistagsfraktion werde die Planungen in den Kreisgremien unterstützen und erwarte auch eine positive Haltung der Kreisverwaltung hinsichtlich der notwendigen Schaffung von Baurecht in diesem Bereich.

Die große Chance, gewerbliche Ansiedlungen in den Kreis Plön zu holen, was nach Meinung der CDU-Fraktion mit der Schaffung entsprechender Arbeitsplätze verbunden sei, müsse unter allen Umständen genutzt werden, so Hansen abschließend.

Pflege: Ein guter Schritt

(30.05.2014) Als "guten Schritt" hat CDU-Kreisvorstandsmitglied Helga Jessen die jüngsten Beschlüsse des Bundeskabinetts zur Pflege bewertet. Damit werde es ab 2015 Verbesserungen für Betroffene, Angehörige und Pflegende geben, so die Vorsitzende der Senioren-Union.

Dies sei auch ein erkennbares Signal für die Pflegeberufe. Es sei zu hoffen, dass deren Anerkennung und Attraktivität mittel- und längerfristig steigt. Helga Jessen: "Dies sollte junge Menschen ermuntern, sich für einen Pflegeberuf zu entscheiden. Denn wir brauchen in der Zukunft erheblich mehr Pflegekräfte."

Die moderate Erhöhung des Pflegebeitragssatzes um 0,3 Prozent sei notwendig, um die Verbesserungen zu finanzieren. Dies entspreche dem Gebot der Solidarität in der Gesellschaft, aber auch der Generationen-Gerechtigkeit.

CDU fordert mehr Transparenz bei Radwege-Entwidmung

(20.05.2014) Die CDU im Kreis Plön fordert im Verfahren der Radwege-Entwidmung, im Amtsdeutsch: Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht, die Regel-Beteiligung der Gemeinden und Städte und mehr Transparenz. Diese Verfahren werden bislang von einer 3er-Kommission bestehend aus einem Vertreter der Polizeidirektion Kiel, des Landesbetriebes Verkehr und Straßenbau (LBV) und dem Kreis vorgenommen.

Die Entscheidung über eine Entwidmung an Kreisstraßen liegt im Ergebnis bei der Verkehrsaufsichtsbehörde des Kreises. Im Kreis Plön gibt es rd.123 Kilometer Radwege an Kreisstraßen.

Das im Zusammenwirken mit der Polizeidirektion Kiel und dem LBV entstandene Votum ist rechtlich nicht bindend. Dennoch kommt ihm derzeit faktisch eine hohe Bedeutung zu. Auch deshalb, weil Zuschüsse des Landes davon abhängig sein können, ob der Radweg gewidmet ist.

Die Beteiligung der kommunale Familie ist bislang unterschiedlich: Während in einigen Orten das Verfahren transparent er erfolgte, z.B. auch durch die Beratungen in Ausschüssen der Stadt/Gemeinde, wurden anderswo Radwege-Beschilderungen still geändert.

"Die Bewertung, ob ein Radweg im Kreis Plön weiter als ein solcher genutzt werden kann oder nicht, sollte nicht allein einem Mitarbeiter-Gruppe von Polizei, LBV und Kreis überlassen sein", so CDU-Kreisvorsitzender und Kreistagsabgeordneter Werner Kalinka.

Die Entwidmung bedarf immer einer streckenbezogenen Einzelfallprüfung. Dies hat - erst jüngst - in Preetz, aber auch in anderen Orten im Kreis Plön zu kontroversen Diskussionen geführt.

Kalinka: "Der Kreis Sachkundiger, der hier seine Meinung einbringen kann, sollte in jedem Fall die Kommunalpolitiker vor Ort einschließen. Sie wissen in der Regel sehr genau um die Umstände vor Ort. Zudem ist zu überlegen, wie aus dem Kreis der Radfahrer, Fußgänger und Kraftfahrer ein beratendes und repräsentatives Votum herbeigeführt werden kann."

SPD, Grüne und FWG verhindern Breitbandinitiative der CDU-Fraktion

(15.05.2014) Mit der Mehrheit der so genannten "Kooperation" aus SPD, Grünen und FWG wurde ein Antrag der CDU-Fraktion zum Breitbandausbau im Kreis Plön von der Tagesordnung im Wirtschaftsausschuss genommen.

"Mit diesem Antrag wollten wir die Anbindung unserer Städte und Gemeinden mit Glasfaserverbindungen in den Mittelpunkt stellen und u.a. Land und Bund auffordern, sich an den erforderlichen Ausbauinvestitionen zu beteiligen", erklärt der wirtschaftspolitische

Sprecher der CDU-Fraktion, Bernhard Ziarkowski.

Der Antrag vom 22. Januar 2014 war in der Februarsitzung des Kreistages in den Ausschuss zur Beratung und Empfehlung verwiesen worden. Nachdem der Antrag im März und im April jeweils nicht beraten wurde, hat jetzt die Kooperation, den zur Beratung angesetzten Antrag von der Tagesordnung genommen. Begründung: die zuvor vorgestellte Machbarkeitsstudie zum Breitbandausbau müsste erst einmal ausgewertet werden.

Das Vorgehen des Ausschussvorsitzenden Lars Berwald (Grüne), form- und fristgerecht eingereichte bzw. vom Kreistag überwiesene Anträge per Mehrheit ohne vorheriges Einvernehmen von der Tagesordnung abzusetzen, wird von der CDU-Fraktion auf seine Rechtmäßigkeit geprüft werden.

Ziarkowski: "Ein in Form, Stil und Inhalt höchst bedenklicher Vorgang - es bleibt zu hoffen, dass dieser Politikstil nicht weiter um sich greift."

Finanzierung der Bahn Kiel-Schönberg: Minister Meyer tritt auf die Bremse

(14.05.2014) Nach einer Sitzung der CDU-Kreistagsfraktion erklärt deren Vorsitzender Thomas Hansen zu einer Mitteilung aus dem Wirtschaftsministerium, dass die Finanzierung von Hein Schönberg nicht gesichert sei.

Der zuständige Minister Reinhard Meyer (SPD) stellte gestern (13.5.) zutreffend fest, dass nicht nur der Investitionsbedarf in Höhe von 30 Mio. Euro zur Reaktivierung der Bahnstrecke Schönberg-Kiel aus den Regionalisierungsmitteln des Bundes erst noch beantragt und bewilligt werden müsse, sondern auch die jährlichen Folgekosten vom Land finanziert werden müssen. Wörtlich teilte dieser einer Delegation von Bahnbefürwortern mit, "dass wir uns das, was wir investieren, auch langfristig leisten können".

"Deshalb steht Minister Meyer beim Projekt ‚Hein Schönberg‘ erkennbar auf der Bremse und rät zur ‚Vorsicht an der Bahnsteigkante‘", so Hansen.

CDU fordert Planfeststellungsverfahren für Bahn Kiel-Schönberg

(13.05.2014) Aus Sicht der CDU ist im Falle einer Inbetriebnahme der Bahnstrecke Kiel-Schönberg ein Planfeststellungsverfahren zwingend notwendig, das sich nicht nur auf die vorgesehenen Bahnhöfe und das jeweilige Umfeld bezieht.

"Im Grunde ist die gesamte Bahnstrecke mitsamt des weiteren Umfeldes betroffen", erläutert der CDU-Kreisvorsitzende Werner Kalinka nach Beratungen im CDU-Kreisvorstand. Kalinka

hatte sich vergangene Woche an vielen Stellen ein eigenes Bild von der Strecke gemacht.

Die Eingriffe in die Anlagen, in Natur und Landschaft seien ohne Frage erheblich:

Die Signaltechnik muss entlang der Strecke eingebaut werden, Gleise, Gleisbett und Unterbau müssen weitgehend, wenn nicht gar vollständig erneuert werden. Die alten Holzschwellen müssen gegen neue aus Spannbeton ausgetauscht werden. Es gebe eine Reihe von Bahnübergängen, die nicht inmitten von Ortschaften, sondern in freier Naturlandschaft lägen.

"Die damit verbundenen Maßnahmen an der Strecke werden erhebliche Einschnitte in dort über Jahrzehnte entstandene Baum- und Pflanzenwelt nach sich ziehen. Einfache Bürger, die z.B. Baumschnitte vornehmen wollten, werden nicht selten nicht geringe Hürden auferlegt. Diese müssen erst recht für die Bahnbetreiber gelten", so Kalinka. Das in Rede stehende Investitionsvolumen von 30 Millionen Euro zeige im Übrigen doch schon, um welche Größenordnung es hier gehe.

Zudem sei die Brücke über der Hagener Au ganz offensichtlich sanierungsbedürftig.

Lärmschutzabwägungen sind aus Sicht der CDU nicht nur auf Höhe der Bahnhöfe nötig, sondern in vielen anderen Bereichen der Strecke, wenn ein Zug mit 80 bis 100 km/h "durchrauscht": "Trotz neuer Technik hört man einen Zug immer, vor allem, wenn er bremst", merkt Kalinka mit Blick auf die Begegnungsmöglichkeiten und die angedachten Haltepunkte an.

Bestätigt werde die Notwendigkeit eines Planfeststellungsverfahrens durch die Entwicklung im Nachbarkreis Ostholstein. "Wenn die Lärmbelästigung für die Hinterlandanbindung der Fehmarnbeltquerung ein solches Verfahren erfordert, sollte dies in gleichem Maße für die betroffenen Gemeinden in der Probstei gelten."

CDU: Nein zu Fracking!

(09.05.2014) Der CDU-Kreisvorstand hat sich entschieden gegen die Gewinnung von Kohlenwasserstoffen im so genannten "Fracking"-Verfahren im Kreis Plön ausgesprochen. Betroffen davon könnten sein: Die so genannten Bewilligungsfelder Prasdorf, Plön-Ost, Preetz und Warnau. CDU-Kreisvorsitzender Werner Kalinka: "Wir sagen entschieden ‚Nein‘ zu Fracking."

Die CDU-Kreistagsfraktion hatte sich, alarmiert durch den vom Landesbergbauamt bewilligten Konzessionsantrag des Unternehmens PRD Energy GmbH mit Sitz in Berlin für das Gebiet Prasdorf, bereits seit April 2013 per Resolution strikt gegen Fracking positioniert und in der Dezember-Kreistagsitzung einem von SPD, Grünen und FWG gestellten "Aufweichungsantrag" gemeinsam mit den Stimmen von FDP, UWG und dem Linken-Abgeordneten Friedrich eine Abfuhr erteilt.

"Ohne ‚Wenn und Aber‘ – Fracking wird es im Kreis Plön mit der CDU nicht geben! Wir werden auch keine offenen Hintertüren oder Ausnahmen hinnehmen", so Kalinka.

Die umweltpolitische Sprecherin der Kreis-CDU, Dr. Regine Niedermeier-Lange: "Die Bewilligungsfelder liegen im Nahbereich von Natur- und Landschaftsschutzgebieten. Im Falle des Bewilligungsfeldes Prasdorf sind diese beispielsweise Bottsand und Barsbeker See, Hagener Au und Probsteier Salzwiesen, was für uns ein unkalkulierbares Risiko darstellt."

"Der Schutz von Mensch und Umwelt steht für uns im Mittelpunkt. Aber auch der Tourismus-Kreis Plön passt nicht zusammen mit Fracking-Anlagen, kurz: Nein zu Fracking!", so Dr. Niedermeier-Lange.

Schildknecht: Wer die Musik bestellt, sollte auch zahlen

(28.04.2014) CDU-Kreisvorstandsmitglied Malte Schildknecht hält eine Klärung für notwendig, dass Mehrkosten für die Busanbindungen und die laufenden Kosten des Betriebes bei einer möglichen Reaktivierung der Bahn zwischen Schönberg und Kiel nicht zu Lasten der Kommunen gehen. Auf einem Treffen der CDU Rathjensdorf wurde die Kostenproblematik diskutiert. Er sagte hierzu, die CDU im Kreis Plön teile diese Sorgen der kommunalen Familie.

Einer Reihe von Kommunen gehe es finanziell nicht gut. Sie über eine mögliche Erhöhung der Kreisumlage indirekt an den Bahn-Kosten zu beteiligen, könne nicht der richtige Weg sein. Der Kreistagsabgeordnete fordert die Befürworter der Bahn auf, sich auch diesem Thema zu stellen.

Eigentlich, so Schildknecht, gelte ja wie auch ansonsten im Leben der bekannte Satz: "Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen." Wenn das Land und einige Gemeinden die Bahn unbedingt haben wollen, müssen sie auch finanzielle Lösungsvorschläge zu diesen Bereichen vorlegen.

Albig sollte über eigene Verkehrspolitik nachdenken

(23.04.2014) "Es ist schon höchst erstaunlich, dass Ministerpräsident Torsten Albig, der die Autofahrer zur Sanierung der Straßen extra zur Kasse bitten will, keine Probleme damit hat, mehr als 30 Millionen Steuerzahler-Euro für eine Bahn Kiel - Schönberg zur Verfügung zu stellen, deren Wert höchst umstritten ist", so der Plöner CDU-Kreisvorsitzende Werner Kalinka: "Und zudem träumt die rot-grüne Landesregierung noch von einer Stadtregionalbahn zwischen Kiel und dem Umland, für die jetzt schon mindestens 380 Millionen Euro Kosten veranschlagt werden."

Kalinka: "Wenn die Lage so ernst ist, dass die Straßen nach Albigs Meinung nicht anders als durch eine Sonderumlage der Autofahrer zu sanieren sind, sollte er zunächst seine eigenen Verkehrsprioritäten überdenken."